Jens Schöne / Falco Werkentin

17. Juni 1953 – Orte und Ereignisse in Ost-Berlin

Berlin 2012

4. Auflage

Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Band 16

Foto Titelblatt:
Ostberliner Bauarbeiter auf dem Weg zum Haus der Ministerien,
16. Juni 1953; Ullstein-Bilderdienst

Copyright 2003 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
4., unveränderte Auflage, Berlin 2012
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.
Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

ISBN 978-3-934085-16-9 (alt: 3-934085-16-4)

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin

Inhalt Seite

Martin Gutzeit: Vorwort 4

Jens Schöne/Falco Werkentin:
Der Volksaufstand in Ost-Berlin. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen ... 5

Dokumente:

1. Kommuniqué des Politbüros der SED – 9. Juni 1953 20
2. Verzeichnis bestreikter Betriebe in Ost-Berlin 21
3. Schreiben der Bauarbeiter an Otto Grotewohl, 15. Juni 1953 ... 27
4. MfS-Bericht über den Beginn des Bauarbeiterstreiks 28
5. Lagebericht VP-Präsidium Berlin, 17. Juni 1953 35
6. FDGB-Bezirksvorstand Groß-Berlin, Analyse zu den Ereignissen vom 15. bis 18. Juni 1953 54
7. Analyse Arbeitsbüro-Westberlin der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin, 21. Juli 1953 (Auszüge) 65

Literatur 74
Abkürzungen 77
Über die Autoren 80

Vorwort

Dieser Band der Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten ist als Ergänzung gedacht zu der von meinem Haus herausgegebenen farbigen Karte im DIN-0-Format „17. Juni 1953 – Orte und Ereignisse in Ost-Berlin“.
Neben einem Überblick über die Vorgeschichte, den Verlauf und die Folgen des Volksaufstands enthält er zum einen eine Liste jener ausgewählten Ost-Berliner Betriebe, in denen es am 17. Juni zu Arbeitsniederlegungen kam und die auf der Legende zur Karte aus Platzgründen nur territorial (weiße Ziffer auf rundem Hintergrund) lokalisiert werden konnten, ohne namentlich angeführt zu werden.



Zudem sind in diesem Band einige der Quellen im Faksimile wiedergegeben, auf die sich auch die Karte und die Darstellung der Ereignisse in Ost-Berlin stützen. Sie werden eingeleitet durch knappe quellenkritische Kommentare und sollen Leserinnen und Leser einen kleinen Einblick geben in jene archivalischen Überlieferungen, die nach der friedlichen Revolution 1989/90 und der darauf folgenden Öffnung der DDR-Archive zugänglich wurden und aus denen heute Historiker ihre Kenntnisse über die Ereignisse um den 17. Juni 1953 schöpfen.

Martin Gutzeit
(Landesbeauftragter)

Der Volksaufstand in Ost-Berlin - Vorgeschichte, Verlauf, Folgen

1. Vom „Neuen Kurs“ zum Volksaufstand in der DDR

Es waren Hunderttausende Bewohner der DDR in Stadt und Land, die am 17. Juni 1953, einem regnerischen Mittwoch, ihre Arbeit niederlegten, um auf den Straßen zu demonstrieren. Begonnen hatte diese Bewegung bereits einige Tage zuvor. Nachdem der Rundfunk der DDR am 10. Juni den vom Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) am Vortag auf sowjetische Anweisung beschlossenen „Neuen Kurs“ in Form eines Kommuniqués verkündet hatte, wurden die Bürger mutiger. In einigen Orten zogen sie vor die Gefängnisse, um die Entlassung politischer Häftlinge zu fordern; die Zahl der Betriebe, in denen Arbeiter zumindest zeitweilig die Arbeit niederlegten, nahm zu.[1]

Mit dem Kommuniqué über den „Neuen Kurs“ änderte die SED radikal die seit Sommer 1952 offensiv verfolgte politische Linie des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“. Es hieß in diesem Text, dass in den letzten Monaten Fehler gemacht worden seien und daher die Partei der Regierung eine Reihe von Maßnahmen empfehle, die „der entscheidenden Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und der Stärkung der Rechtssicherheit“ in der DDR dienen sollten. So wurde unter anderem versprochen:

** Zur Steigerung der Versorgung mit Konsumgütern sollten dem privaten Handwerk und Handel sowie der privaten Industrie kurzfristig Kredite und Steuererleichterungen angeboten werden.

** In die Bundesrepublik geflohenen Bauern sollten ihre Höfe zurückgegeben und die Zwangsgründungen von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) beendet werden.

** Der Kirchenkampf würde eingestellt und Schüler sowie Studenten, die wegen ihrer Mitarbeit in der „Jungen Gemeinde“ der Schule verwiesen oder aus den Universitäten entfernt worden waren, sollten wieder ihre Ausbildungsstätten besuchen dürfen.

[1] Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 63-86; Flemming, Thomas: Kein Tag der deutschen Einheit. 17. Juni 1953, Berlin 2003, S. 36-43.

** Diejenigen, die auf der Grundlage des „Gesetzes zum Schutz des Volkseigentums“ zu Zuchthausstrafen bis zu drei Jahren verurteilt worden waren, sollten sofort aus der Haft entlassen werden.
** Preiserhöhungen für verschiedene Waren des alltäglichen Verbrauchs, die im April 1953 erfolgt waren, würden zurückgenommen.
** DDR-Bürger, denen im Frühjahr 1953 die Lebensmittelkarten weggenommen worden waren, würden ab 1. Juli wieder mit diesen Karten ausgestattet werden.[2]

Mit dem „Neuen Kurs“ versuchte die SED auf Weisung der sowjetischen Schutzmacht, die angespannte innenpolitische Situation zu entschärfen. Doch das Gegenteil trat ein, denn die Bewohner der DDR nahmen das unfreiwillige Angebot nicht an. Sie begriffen es zu Recht als Zeichen der Schwäche und als Chance, das Regime der SED stürzen zu können.

Am 17. Juni erreichten die Proteste ihren Höhepunkt, bis gegen die Mittagszeit in Berlin wie in anderen Orten durch die sowjetische Besatzungsmacht der Ausnahmezustand erklärt und russische Soldaten mit Panzern und Maschinengewehren eingesetzt wurden, um weitere Demonstrationen mit Waffengewalt zu unterbinden. Insgesamt wurde der Ausnahmezustand über 167 Stadt- und Landkreise sowie 51 Kreis- und 14 Bezirksstädte verhängt.[3]

Es blieb am 17. Juni nicht nur bei Streiks und Demonstrationen. In nicht wenigen Orten wurde der Versuch unternommen, Gefängnisse zu stürmen, um Häftlinge zu befreien. In vielen Städten wurden Häuser und Büroräume der SED sowie des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) gestürmt und verwüstet; Läden der staatlichen Handelsorganisation „HO“ wurden geplündert und zum Teil angezündet. In manchen Orten kam es zu Angriffen auf die Gebäude des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). An den Sektorengrenzen zu West-Berlin zerstörten Demonstranten die Baracken des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW) der DDR und entfernten Grenzschilder; sie drangen in Gerichtsgebäude ein und verprügelten Richter sowie Staatsanwälte. Fahnen der DDR wurden zerrissen, Plakatwände mit politischen Losungen der SED gingen in Flammen auf, Kioske der

[2] Kommuniqué des Politbüros der SED vom 9. Juni 1953, in: Neues Deutschland (ND), 11.06.1953 – hier Dokument Nr. 1.
[3] Vgl. Flemming: Kein Tag der deutschen Einheit, S. 117.

so genannten Nationalen Front mit politischer Propaganda wurden zertrümmert. Tote gab es dabei sowohl auf Seiten der Streikenden und Demonstrierenden wie auf Seiten der Volkspolizei (VP), des Ministeriums für Staatssicherheit und unter Anhängern der SED.[4]

2. Reaktionen der Machthaber

Die Reaktion von SED, Staatsapparat und sowjetischer Besatzungsmacht war einzig und allein auf ein Ziel ausgerichtet: auf die Machtsicherung der Monopolpartei.
Die unmittelbare Antwort auf den Volksaufstand war direkte Repression: der Einsatz der Roten Armee, der Volkspolizei, des MfS. Es kam zum Schusswaffeneinsatz, zu Verhaftungen, zu standrechtlichen Erschießungen und zu einer Vielzahl von Prozessen gegen Beteiligte. Doch wurde nicht nur mit staatlicher Gewalt reagiert, sondern auch mit politischen Mitteln. Auf Ebene der Propaganda wurden die Ereignisse als vom Westen gesteuerter faschistischer Putsch – als „Tag X“ – dargestellt, an dem auch „irregeleitete“ Arbeiter teilgenommen hätten. Die Justiz sollte mit Schauprozessen hierfür den Nachweis liefern, wobei bei den Urteilen gemäß einer Anweisung des Justizministers Max Fechner (SED) differenziert werden sollte zwischen irregeleiteten Arbeitern mit ökonomischen Forderungen und „faschistischen Rädelsführern“.[5]
Die Reaktion erschöpfte sich aber nicht in Repression und Propaganda. Darüber hinaus wurden sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen eingeleitet, etwa durch die geforderte Rücknahme der Norm- und Preiserhöhungen, durch eine bessere Versorgung mit Konsumgütern, mit der Rückgabe beschlagnahmter Unternehmen, Gewerbebetriebe und Bauernhöfe. Fortgesetzt wurde auch die im „Neuen Kurs“ vom 9. Juni an-

[4] Siehe allg. Knabe, Hubertus: 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003; Koop, Volker: Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit, Berlin 2003. Als detaillierte Fallstudie Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln u.a. 1999.

[5] Vgl. Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1997, 2. Aufl., S. 133-135. Aufgrund derartiger Anweisungen, die nicht der politischen Kursverschärfung nach dem Volksaufstand entsprachen, wurde Fechner bereits im Juli 1953 seines Amtes enthoben und aus der SED ausgeschlossen. 1955 wurde er zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

gekündigte und noch vor dem 17. Juni eingeleitete Praxis, Straf- und Untersuchungsgefangene aus der Haft zu entlassen. Es waren insgesamt ca. 25.000 Häftlinge, die bis zum Herbst 1953 vor Ablauf der in ihren Urteilen ursprünglich festgelegten Strafzeit entlassen wurden. Partei- und Staatsführung hatten begriffen, dass nicht nur die Erhöhung der Arbeitsnormen zum Volksaufstand geführt hatte, sondern gleichermaßen auch jenes Übermaß an politischer Repression, das den „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ seit der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 begleitet hatte.

3. Ursachen: Die II. Parteikonferenz der SED und ihre Folgen

Nicht nur die Forderungen, die am 17. Juni erhoben wurden, geben Hinweise auf seine Vorgeschichte. Auch die Gebäude und Einrichtungen, zu denen Demonstranten zogen und die an diesem Tag vielfach angegriffen und zerstört wurden, waren nicht willkürlich oder zufällig gewählt. Dass HO-Läden geplündert, Gefängnisse des MfS gestürmt und Büros der SED sowie des FDGB angegriffen wurden und an den Sektorengrenzen von Berlin die Baracken des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs in Flammen aufgingen – all dies findet seine Erklärung in der politischen und sozialen Entwicklung seit der II. Parteikonferenz der SED, die am 9. Juli 1952 in der Ost-Berliner Werner-Seelenbinder-Halle eröffnet worden war. Im Rahmen dieser Konferenz hatte Walter Ulbricht den „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR verkündet, den Staat als Hauptinstrument für die Umsetzung dieser Zielstellung bezeichnet, den Aufbau nationaler Streitkräfte propagiert und die Bildung von LPG „auf völlig freiwilliger Grundlage“ angekündigt.[6]

Die DDR-Zeitungen und die politische Propaganda zeichneten in der Folgezeit das Bild einer strahlenden, glücklichen Zukunft, getragen vom Aufbauwillen der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten werktätigen Bauern. Zwar führe der Aufbau des Sozialismus zwangsläufig zu einer Verschärfung des Klassenkampfes, so hieß es, doch sei

[6] Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus. Beschluss der II. Parteikonferenz, in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 70-78.

es nur eine kleine, vom Westen unterstützte reaktionäre Minderheit, die sich dem Fortschritt entgegenstelle.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung erlebte es anders. Vom Juli 1952 bis zum Juni 1953 bekamen alle Volksschichten zu spüren, was der Aufbau des Sozialismus bedeutete. Der massive Ausbau der Schwer- und Rüstungsindustrie ging zulasten der Produktion von Gütern des alltäglichen Gebrauchs, die erhebliche personelle Aufstockung des Militär- und Sicherheitsapparats entzog der Industrie Zehntausende junge Facharbeiter und belastete den Staatshaushalt mit einem Milliarden-Betrag, der an anderer Stelle wieder eingespart werden musste. Die beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft und der soziale Krieg gegen so genannte Großbauern (mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche ab 20 ha) führten dazu, dass Tausende Bauern – und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen – in den Westen flüchteten, mit der Folge, dass es zu erheblichen Ernteausfällen kam und sich die Versorgung mit Milch, Butter und Schlachtvieh deutlich verschlechterte. Die ab Januar 1953 beginnende Kampagne zur Enteignung des privaten Groß- und Einzelhandels führte ergänzend zu einer Desorganisation der Verteilung der knapper werdenden Güter.

Einzig die Zahl der Häftlinge nahm in diesen Monaten erheblich zu – sie wuchs von ca. 37.000 im Juli 1952 auf ca. 67.000 im Mai 1953. Auch dadurch wurden der Industrie und Landwirtschaft Zehntausende Arbeitskräfte entzogen. Gleichfalls verschärft wurde der Kampf gegen die Kirchen – bei einer Bevölkerung, die sich anlässlich der Volkszählung des Jahres 1950 zu 92,4 Prozent als religiös gebunden erklärte, war dies ein Kampf gegen neun Zehntel der Einwohner. Seinen Höhepunkt fand dieser Kirchenkampf in der Kampagne gegen die „Junge Gemeinde“, einem losen Zusammenschluss kirchlich gebundener junger Menschen, der von der SED zu Recht als Konkurrenz zur Quasi-Staatsjugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) angesehen wurde.

Eine weitere Folge dieser Politik war, dass zwischen Sommer 1952 und Sommer 1953 über 300.000 Bewohner der DDR in die Bundesrepublik flüchteten. Wirtschaftlich ging die Entwicklung zulasten der Sozialleistungen und der Lebenshaltungskosten der Mehrheit der Bevölkerung und damit vor allem der Arbeiter. Um die durch die Militarisierung entstandenen Löcher im Staatshaushalt zu stopfen, beschloss das Politbüro der SED seit Frühjahr 1953 eine Vielzahl von offenen und verdeckten Preiserhöhungen für Waren des alltäglichen Konsums. Gleichzeitig

wurden den Arbeitern mit der allgemeinen Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich zehn Prozent, die bis zum 30. Juni – dem 60. Geburtstag Walter Ulbrichts – in allen Betrieben durchgesetzt werden sollte, deutliche Lohnkürzungen abverlangt. Etwa 2 Millionen DDR-Bürgern wurden im Mai die Lebensmittelkarten entzogen, so dass sie Grundnahrungsmittel nur noch in den HO-Läden kaufen konnten, in denen Margarine und Butter, Zucker und Fleisch vier- bis fünfmal so teuer waren wie beim Einkauf derselben Waren mit der Lebensmittelkarte. Die Versorgungskrise führte dazu, dass selbst Grundnahrungsmittel nicht immer zu bekommen waren. In den DDR-Medien wurden die Versorgungsprobleme als Ergebnis vorsätzlicher Sabotage von Großbauern, Mitarbeitern der zuständigen Ministerien, privaten Händlern und Beschäftigten der staatlichen HO-Läden erklärt.[7]

Insbesondere für Ost-Berliner und Bewohner aus den Berliner Randgebieten blieb ein Ausweg: der Einkauf in West-Berlin. Der Wechselkurs zwischen der Ost- und West-Mark schwankte zwischen 1:5 und 1:6. Das bedeutete, dass die Preise in West-Berlin für DDR-Bewohner etwa auf dem Niveau der HO-Preise lagen. Wenn man jedoch Pech hatte, wurden die teuer eingekauften Waren von den Mitarbeitern des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs beschlagnahmt, deren Baracken an den Grenzübergängen standen.

Die DDR-Presse berichtete seit Frühjahr 1953 fast täglich über Arbeiter in den Betrieben und auf den Baustellen, die von sich aus begeistert Normerhöhungen – sprich: Lohnkürzungen – forderten, allen voran Bauarbeiterbrigaden der Berliner Stalinallee. Die vermeintliche Interessenvertretung der Arbeiter, der FDGB, verfolgte bis zum 16. Juni 1953, d.h. bis zu einem Zeitpunkt, als es in vielen Betrieben bereits zu Arbeitsniederlegungen gekommen war, in aller Härte die Realisierung der Lohnkürzungen. Um diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durchzusetzen, bedurfte es einer kräftigen Verstärkung der staatlichen Machtorgane, hierbei vor allem der Polizei, des Militärs und des Ministeriums für Staatssicherheit. Dies band weitere staatliche Ressourcen,

[7] Werkentin, Falco: Der totale soziale Krieg – Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2002, Berlin 2002, S. 23-54.

entzog der Wirtschaft Arbeitskräfte und verschärfte die angespannte ökonomische Lage zusätzlich.[8]
Als die Führung jener Partei, die von sich selbst behauptete, immer Recht zu haben, in einer derart kritischen Situation Fehler eingestand und damit deutliche Schwächen offenbarte, entluden sich die angestauten Probleme eruptiv. In mehr als 700 Orten des Landes sollte es zwischen dem 16. und dem 21. Juni 1953 zu Demonstrationen, öffentlichen Kundgebungen, Streiks oder Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Einrichtungen des Herrschaftsapparates kommen.[9] Am offensichtlichsten wurde diese Auseinandersetzung am Brennpunkt der deutsch-deutschen Teilung, in Berlin.

4. Der 17. Juni 1953 in Berlin

Vorgeschichte: 13. bis 16. Juni 1953

Bereits im Mai 1953, also deutlich vor Verkündung des „Neuen Kurses“, hatte der VEB-Betriebsbau einen Ausflug mehrerer Baubrigaden ins märkische Schmöckwitz beschlossen und dazu für den 13. Juni die beiden Dampfer „Seid bereit“ und „Triumph“ angemietet. Vor allem auf der „Triumph“ wurden die seit dem Vortag auf verschiedenen Baustellen erhobenen Forderungen nach Streik gegen die Normerhöhung während der Fahrt intensiv erörtert. Als Ergebnis dieser Diskussion sprang einer der beteiligten Brigadiere am Nachmittag des Tages in der Schmöckwitzer Gaststätte „Rübezahl“ auf einen Tisch und verkündete vor der versammelten Belegschaft, dass ab Montag, dem 15. Juni, gestreikt werden würde. Dies führte zunächst keineswegs zu einer Beunruhigung der Betriebsleitung oder der verantwortlichen Parteiorganisationen; erst als die Arbeiter zum angekündigten Zeitpunkt tatsächlich

[8] So sah der Volkswirtschaftsplan der DDR Anfang 1952 für das laufende Jahr Militärausgaben in Höhe von ca. 200 Mill. DM vor. Nach der Offizialisierung des Sozialismuskurses wurden tatsächlich 1.228,8 Mill. DM aufgewendet, was einer Steigerung von über 600 % entspricht, siehe dazu Diedrich, Torsten/Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952-1956, Berlin 2001, S. 306f.

[9] Die Liste der Orte ist zu finden in Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 - Volksaufstand in der DDR. Ursachen - Abläufe - Folgen, Bremen 2003.

die Arbeitsaufnahme verweigerten, wurde das wahre Ausmaß der Unzufriedenheit erstmals zur Kenntnis genommen.[10]
Im Rahmen einer Betriebsversammlung auf der Großbaustelle Krankenhaus Friedrichshain am Morgen des 15. Juni, an der auch Abgesandte von anderen Berliner Baustellen teilnahmen, verabschiedeten die Arbeiter eine Resolution an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, forderten hierin ultimativ die Senkung der Normen und drängten auf eine sofortige Antwort. Der mäßigende Einfluss, den Leitungsmitglieder der Grundorganisationen von SED und FDGB auszuüben versuchten, fand kein Gehör, am gesamten Tag ruhte in Erwartung auf eine Reaktion die Arbeit.[11]
Als bis zum 16. Juni noch immer keine Antwort auf die Resolution erfolgt war und ausgerechnet die Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ die Richtigkeit der Normen nochmals bekräftigte, brachte dies das Fass zum Überlaufen. Ausgehend vom Block 40 der Stalinallee formierte sich ein Protestzug, der zunächst in einem Rundmarsch zahlreiche Baustellen anlief, durch hinzukommende Gruppen beständig anwuchs und sich letztlich durch die Stadtmitte Ost-Berlins zum Haus der Ministerien an der Leipziger/Ecke Wilhelmstraße bewegte, das auch das Büro des Ministerpräsidenten beherbergte. Parallel dazu wuchs die Zahl der bestreikten Betriebe im gesamten Stadtgebiet rasant an.[12]
Kurz vor 13.30 Uhr erreichte der Protestzug das Haus der Ministerien und umfasste nun bereits mehrere Tausend Menschen, die energisch die Rücknahme der Normerhöhung verlangten. Noch wurden nur vereinzelt politische Forderungen gestellt; dies sollte sich im Verlauf der nächsten Stunde jedoch grundlegend ändern, da sich die Führungsspitzen von SED und Ministerrat nicht willens oder in der Lage sahen, den Demonstrierenden entgegenzutreten – und dies, obwohl die Aufhebung der Normerhöhung zu diesem Zeitpunkt vom Politbüro der selbst er-

[10] Mitter/Wolle: Untergang auf Raten, S. 87-89.
[11] Vgl. dazu Dokument Nr. 4 in diesem Heft. Die Resolution ist abgedruckt als Dok. Nr. 3.
[12] Mitter/Wolle: Untergang auf Raten, S. 93. Allg. zu den Ereignissen in Berlin vgl. Beier, Gerhard: Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953, Frankfurt/Wien 1993; Ribbe, Wolfgang: Der 17. Juni 1953 in Berlin. Vorgeschichte, Verlauf und politische Folgen, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin, 17. Juni 1953. Ausstellungskatalog, Berlin 1993, S. 7-103; Knabe: Ein deutscher Aufstand, S. 98-150.

nannten „Arbeiterpartei“ bereits beschlossen war.[13] Zwar versuchte u.a. Fritz Selbmann, Minister für Hüttenwesen und Bergbau, als Mitglied der Regierung zu der aufgebrachten Menge zu sprechen, doch wurde er vom Podium verdrängt, und statt seiner stellte ein Arbeiter klar, dass es um weit mehr als nur die Rücknahme der Normerhöhungen gehe. Damit kippte die Stimmung endgültig, und es wurden zunehmend Sprechchöre laut, die freie und geheime Wahlen forderten – ein Ansinnen, das ohne Zweifel zum Ende der SED-Diktatur führen würde.

Als gegen 14.30 Uhr die Rücknahme der Normerhöhung tatsächlich verkündet wurde, blieb die von den Machthabern erhoffte Wirkung aus. Die Menge zerstreute sich keineswegs und kehrte auch nicht stillschweigend an die Arbeitsplätze zurück. Vielmehr formierte sich abermals ein Protestzug, der auf anderer Route als am Vormittag die Innenstadt Ost-Berlins durchquerte[14] und die zentralen Forderungen der Demonstranten unüberhörbar artikulierte: neben der Normenfrage nun auch Senkung der HO-Preise, den Verzicht auf den Aufbau einer „Volksarmee“ und immer wieder freie und geheime Wahlen. Wiederholt wurde – teilweise über Lautsprecherwagen – zum Generalstreik aufgerufen, der am folgenden Tag, dem 17. Juni, um 7.00 Uhr beginnen sollte.[15]

Gegen 17.00 Uhr zerstreute sich der Zug zunächst in der Stalinallee, um sich später in geringerem Umfang abermals zu formieren; zeitgleich hatten sich in der gesamten Innenstadt Demonstrationen gebildet, so dass die Unruhe keineswegs abklang. Auf dem Rosenthaler Platz versammelten sich im Lauf des Abends mehrere Tausend Menschen, die mit einer inszenierten FDJ-Kundgebung anlässlich einer Tagung des Berliner Parteiaktivs der SED im Friedrichstadtpalast zusammenstießen; am Rosa-Luxemburg-Platz kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der SED-Diktatur; vor dem Frauengefängnis in der Barnimstraße forderten Hunderte Demonstranten die Öffnung der Gefängnistore sowie die Freilassung der

[13] Beier: Wir wollen freie Menschen sein, S. 330. Die Zeitangaben, die in der Literatur deutlich variieren, entsprechen hier und im Folgenden denjenigen in den Lagefilmen des Präsidiums der Deutschen Volkspolizei, die zeitnah die Meldungen der Einsatzkräfte zusammenfassten, vgl. Dokument Nr. 5.

[14] Zum Verlauf der Demonstrationsrouten am 16. und 17. Juni vgl. die vom LStU Berlin herausgegebene Karte „17. Juni 1953. Orte und Ereignisse in Ost-Berlin“.

[15] Flemming: Kein Tag der deutschen Einheit, S. 50.

Häftlinge; an der Oberbaumbrücke lieferten sich Jugendliche Straßenschlachten mit der Polizei, und immer mehr Betriebe schlossen sich der Streikbewegung an – die Zeichen standen eindeutig auf Sturm.[16]

Der 17. Juni 1953

Noch bevor sich am 17. Juni die ersten großen Demonstrationszüge formierten, erfasste eine Welle von Arbeitsniederlegungen die Berliner Industrie. Der Streikaufruf vom Vortag war nicht wirkungslos verhallt – in den Stadtbezirken Prenzlauer Berg, Mitte, Friedrichshain, Lichtenberg, Treptow, Köpenick und andernorts traten Belegschaften in den Ausstand und brachten so ihre Ablehnung der SED-Politik offen zum Ausdruck. Vor zahlreichen Betrieben versammelten sich die Arbeiter und marschierten in Richtung Innenstadt, um sich hier mit den revoltierenden Bauarbeitern zu vereinigen. Bis zum Ende des Tages sollten allein in 161 Betrieben, die von der Abteilung Betriebsschutz der VP bewacht wurden, mehr als 11.000 Arbeiter streiken, womit die Beteiligung bei über 50 Prozent lag und nahezu alle Bereiche der Arbeiterschaft erfasst waren.[17]

Um 6.47 Uhr setzte sich der erste Demonstrationszug vom Strausberger Platz, dem wichtigsten Sammelpunkt der Streikenden, in Richtung Alexanderplatz in Bewegung. Ihm sollten in den nächsten Stunden viele weitere aus nahezu allen Teilen Ost-Berlins sowie etlichen Randgebieten der Stadt folgen. So überquerten gegen 11.15 Uhr etwa 10.000 Stahlarbeiter aus Hennigsdorf in der Chausseestraße die Sektorengrenze, nachdem sie 15 km durch den Westteil der Stadt marschiert waren, und schlossen sich den Protestierenden an. Bis zum Mittag des 17. Juni wuchs die Zahl der Demonstranten auf weit mehr als 100.000 an. Die Frage der Normerhöhung war nun endgültig in den Hintergrund getreten. Politische Forderungen, insbesondere der Sturz der Regierung, standen nun im Mittelpunkt. Was als Ablehnung einer Lohnkür-

[16] Vgl. Lagebericht Nr. 167 des Operativstabes PDVP vom 16./17. Juni 1953, in: Polizeihistorische Sammlung zu Berlin, PDVP, Stab-Operativ, Rapporte, Nr. 8012, 1. Mai 1953 bis 30. Juni 1953, Bl. 51-58.

[17] Vgl. dazu die Lagefilme aus den einzelnen Stadtbezirken, in: ebd., Bl. 68ff. sowie Dokument Nr. 5 in diesem Heft. Koop: Legende und Wirklichkeit, S. 125f.

zung begonnen hatte, war zum Widerstand gegen die SED-Diktatur als Ganzes geworden. Dies resultierte keineswegs aus dem Wirken „westlicher Agenten“ oder „faschistischer Rädelsführer“, wie es die SED-Führung später verkünden sollte, sondern war eine unmittelbare Folge des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ seit dem Frühsommer des Vorjahres. Die beständige Verschlechterung der Lebensbedingungen, der rigide Einsatz der Strafjustiz zu politischen Zwecken, die zunehmende Entmündigung der Bürger und vieles mehr entlud sich eruptiv und richtete sich gegen jene, die diese Politik initiiert oder manifestiert hatten: Einrichtungen der SED und der Massenorganisationen (FDGB, FDJ u.a.) wurden attackiert, Polizeiwachen belagert, Propagandatafeln und Baracken des AZKW zerstört, HO-Läden gestürmt und immer wieder das Ende der SED-Herrschaft gefordert.[18]

Die politische Führung des Landes, die sich seit den Morgenstunden nahezu geschlossen in der Dienstvilla des Hohen Kommissars der Sowjetunion in Karlshorst aufhielt, überließ das weitere Handeln den ihm unterstellten Truppen. Nachdem sich die Lage um die Mittagszeit weiter zugespitzt hatte – erste Demonstranten waren in das Haus der Ministerien eingedrungen, im Lustgarten forderten mehr als 50.000 Berliner den Rücktritt der Regierung, die Polizei befand sich mehrheitlich auf dem Rückzug und vom Brandenburger Tor war die rote Fahne heruntergeholt worden – erhielten diese ihren Einsatzbefehl. Panzer fuhren in die Menge, erste Warnschüsse fielen, und um 13.00 Uhr verhängte der sowjetische Stadtkommandant den Ausnahmezustand. Damit waren alle Versammlungen, Demonstrationen und sonstigen Menschenansammlungen mit mehr als drei Teilnehmern verboten; Verstöße sollten nach dem Kriegsrecht geahndet werden.

Zielgerichtet räumten die sowjetischen Truppen die Zentren des Aufstandes, hatten dabei aber insbesondere auf und um den Potsdamer Platz massiven Widerstand zu brechen. „Arbeiter haken sich unter, gehen Arm in Arm in geschlossenen Reihen auf die Stahlkolosse zu. Junge Burschen [...] trommeln auf die Tanks, springen auf die Geschütztürme, versuchen, die Luken aufzureißen, um Steine hineinzuwerfen wie in einen Gullyschacht. Andere stecken Holzstücke in die Geschützrohre, zerren an den Antennen, springen wieder ab. Aus den Trümmern werden Balken und T-Träger gerissen. Männer versuchen, sie in Ketten

[18] Ribbe: Der 17. Juni 1953 in Berlin, S. 53-62.

und Laufwerke der Panzer zu schieben, hektisch, verzweifelt.“[19] Ein ungleicher Kampf, dessen Ausgang von Anbeginn feststand.
Obwohl die Auseinandersetzungen trotz des Ausnahmezustandes bis in die Abendstunden andauerten, brach der Aufstand in Berlin noch am 17. Juni zusammen. Das lag einerseits am zunehmend harten Durchgreifen der sowjetischen Truppen, andererseits aber am Fehlen einer zentralen Führungsinstanz sowie eindeutiger Ziel- und Handlungskonzepte. Die Streiks und Unmutsbekundungen jedoch dauerten an. So arbeiteten im VEB Bergmann Borsig am 22. Juni trotz massiver Präsenz des Betriebsschutzes lediglich 70 Prozent der Belegschaft, Arbeiter erklärten sich demonstrativ mit verhafteten Kollegen solidarisch und „Irreführungen und Unruhen“ in den Betrieben klangen auch in der Folgezeit nicht gänzlich ab.[20]

5. Folgen des Volksaufstandes

Am 21. Juni 1953 trat das Zentralkomitee der SED in Berlin zu seiner 14. Tagung zusammen und schrieb endgültig jene Interpretation fest, die bis zum Ende des ostdeutschen Teilstaates ihre Gültigkeit behalten sollte: Bei den Ereignissen um den 17. Juni habe es sich um einen „von langer Hand vorbereiteten Tag X“, ein „faschistisches Abenteuer“ gehandelt, mit dessen Hilfe die westdeutschen „Kriegstreiber“ eine weitere Stärkung der DDR zu verhindern und den weltweiten Vormarsch des Sozialismus zu stoppen versuchten. Dieser Versuch sei dank des Eingreifens der sowjetischen Besatzungsmacht gescheitert. „In der Republik herrscht Ruhe. Es wird normal gearbeitet.“[21]
Wieder einmal irrte die Parteiführung. Zwar waren es tatsächlich die sowjetischen Panzer gewesen, die den Fortbestand der SED-Diktatur

[19] Beier: Wir wollen freie Menschen sein, S. 44.

[20] Siehe dazu z.B. die Analyse der SED-Bezirksleitung Berlin vom 24.6.1953: Die Taktik und Methode des Feindes, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1.272, Zitat ebd.; vgl. exemplarisch Berger, Siegfried: „Ich nehme das Urteil nicht an“. Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem sowjetischen Militärtribunal, Berlin ^{2}2002 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten, Bd. 8).

[21] Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei. Beschluss des ZK der SED vom 21. Juni 1953, in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 436-445, Zitat S. 439.

gesichert hatten, doch herrschte keineswegs Ruhe im Land. Im Juli kam es im mitteldeutschen Industriegebiet zu einer weiteren umfassenden Streikwelle, die Anzahl der Austritte aus den LPG blieb bis zum Jahresende unvermindert hoch und in der SED-Führung selbst kam es zu harten Auseinandersetzungen über das weitere Vorgehen, aus denen letztlich Walter Ulbricht – mit Unterstützung aus Moskau – gestärkt hervorging.[22]

Mit der bereits erwähnten Doppelstrategie versuchte die SED-Führung in der Folgezeit, ihre Herrschaft abzusichern. Einerseits wurden umfangreiche sozialpolitische Maßnahmen beschlossen, um die allgemeine Unzufriedenheit in der Bevölkerung abzumildern, andererseits der staatliche Überwachungsapparat konsequent ausgebaut, um erneute Anzeichen eines Aufbegehrens früh erkennen und wirksam unterbinden zu können. Die Normerhöhungen wurden zurückgenommen, Mindestrenten und Löhne erhöht, Preissenkungen angekündigt, die im Frühjahr gestrichenen Fahrpreisermäßigungen erneut eingeführt und Lebensmittelkarten wieder an weitere Teile der Bevölkerung ausgereicht. Eine Demokratisierung von Herrschaft und Gesellschaft blieb jedoch aus. Der Aufbau der Streitkräfte ging nahezu unvermindert weiter, Polizei und Justiz waren angehalten, „faschistische Rädelsführer“ zu verfolgen sowie zu bestrafen, und das MfS verstärkte seine Bemühungen um eine flächendeckende Überwachung der Bevölkerung. Neben den mindestens 18 standrechtlichen Erschießungen im Zusammenhang mit dem 17. Juni, für die die sowjetische Besatzungsmacht verantwortlich zeichnete, waren etwa 10.000 Personen verhaftet worden, von denen gegen 5.583 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren eingeleitet und bis Frühjahr 1954 1.524 zu Haftstrafen verschiedener Länge verurteilt wurden. Zwei Bewohner der DDR – in Magdeburg der Gärtner Ernst Jennrich, in Halle eine Frau, die unter dem Namen Erna Dorn in die Geschichte eingegangen ist – fielen trotz fehlender Beweise für die gegen sie erhobenen Vorwürfe der Todesstrafe zum Opfer.[23]

[22] Vgl. die Beiträge in: Kowalczuk, Ilko-Sascha/Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995.

[23] Ebd.; Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, S. 125 u. 191-199.

6. Zu den Dokumenten

Auf den folgenden Seiten sind sechs Dokumente zur Vorgeschichte, zum Verlauf und zur Einschätzung des 17. Juni 1953 in Berlin als Faksimile wiedergegeben, die durch eine Auswahl der bestreikten Betriebe ergänzt wurden. Anliegen war es, den Umfang sowie die Abfolge der Ereignisse zwischen der Verkündung des „Neuen Kurses“ und der Niederschlagung der Proteste am Abend des 17. Juni zu verdeutlichen. So ist das Kommuniqué des Politbüros der SED vom 9. Juni (*Dok. Nr. 1*) ebenso abgedruckt wie die Resolution der Bauarbeiter des Krankenhauses Friedrichshain an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 15. Juni (*Dok. Nr. 3*), da beide Schriftstücke auf Schlüsselereignisse verweisen, die schließlich zum spontanen Aufstand führten. Der Aufstand selbst, die mit ihm verbundenen Orte und Ereignisse, werden vor allem im zentralen Lagebericht des Ostberliner Präsidiums der Volkspolizei greifbar (*Dok. Nr. 5*), der die Geschehnisse so detailliert wie wohl keine zweite Quelle widerspiegelt. Auch die übrigen Dokumente spiegeln das Aufbegehren in den Tagen um den 17. Juni sowie seine unmittelbare Vorgeschichte wider. Da die Verfasser durchgängig Mitarbeiter des SED-Machtapparates bzw. von der Partei abhängiger Organisationen waren, fällt die Bewertung der Ereignisse recht eindeutig aus. Trotzdem lassen sich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Schlussfolgerungen feststellen. Während in dem Text des MfS nicht im Geringsten am „faschistischen“ Hintergrund der Ereignisse gezweifelt wird (*Dok. Nr. 4*), wird in der Analyse des FDGB den Arbeitern zumindest in Ansätzen eine Berechtigung für ihren Unmut zuerkannt (*Dok. Nr. 6*). In seiner Beurteilung der Lage in West-Berlin kommt das Arbeitsbüro-Westberlin der SED-Bezirksleitung zu dem niederschmetternden Ergebnis, dass aus diesem Teil der Stadt weder mit Unterstützung noch mit Verständnis für ihre Politik zu rechnen ist (*Dok. Nr. 7*).
Da jedes Dokument einleitend kommentiert ist, erübrigen sich weitere Ausführungen, doch sei ausdrücklich auf einen Umstand verwiesen, den es allgemein zu berücksichtigen gilt. Alle Quellen (abgesehen von Dokument Nr. 3 und der Aufstellung der bestreikten Betriebe) aus dem Machtapparat der DDR und sind daher weniger auf eine objektive Darstellung der Ereignisse als vielmehr auf politisch-ideologische Sinnzuschreibung ausgerichtet. Das hat weitreichende Folgen, denn im Selbstverständnis der „Partei der Arbeiterklasse“ bestand eine nahezu vollständige Übereinstimmung zwischen den Zielsetzungen der Bevölke-

rung und dem Wirken der Partei. Unter diesen Voraussetzungen jedoch konnte jeglicher Protest nur von außen initiiert bzw. von „konterrevolutionären“ Elementen getragen worden sein. Daher ist in den vorliegenden Dokumenten beständig von „Agenten“, „Provokateuren“ und „faschistischem Putsch“ die Rede, nur selten aber von berechtigten Forderungen oder selbst verschuldeten Problemlagen. Darüber hinaus hatten die ausfertigenden Stellen ein ausgeprägtes Interesse daran, ihren eigenen Anteil am Entstehen der Situation als möglichst gering darzustellen, was einer sachlichen Fehleranalyse ebenfalls entgegenwirkte. Somit ist eine äußerst kritische Annäherung an die Dokumente angeraten, da es nur auf diesem Wege möglich sein wird, sowohl die Absichten der Verfasser als auch die Bedeutung des 17. Juni klar zu erkennen.[24]
Zum Verständnis der in den Dokumenten benutzten Abkürzungen enthält dieses Heft S. 77-79 ein Abkürzungsverzeichnis.

[24] Vgl. Weber, Hermann: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 26/97, 20. Juni 1997, S. 3-14.

Berlin, Donnerstag, 11. Juni 1953 Neues Deutschland 8. (64.) Jahrgang / Nr. 134 / Einzelpreis 15 Pf

KOMMUNIQUÉ

des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni 1953

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED hat in seiner Sitzung vom 9. Juni 1953 beschlossen, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen zu empfehlen, die der entschiedenen Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und der Stärkung der Rechtssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik dienen. Das Politbüro des ZK der SED ging davon aus, daß seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben, wie z. B. der Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung, über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuererhebung usw. Die Interessen solcher Bevölkerungsteile wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Handwerker, der Intelligenz wurden vernachlässigt. Bei der Durchführung der erwähnten Verordnungen und Anordnungen sind außerdem ernste Fehler in den Bezirken, Kreisen und Orten begangen worden. Eine Folge war, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen haben.

Das Politbüro hat bei seinen Beschlüssen das große Ziel der Herstellung der Einheit Deutschlands im Auge, welches von beiden Seiten Maßnahmen erfordert, die die Annäherung der beiden Teile Deutschlands konkret erleichtern.

Aus diesen Gründen hält das Politbüro des ZK der SED für nötig, daß in nächster Zeit im Zusammenhang mit Korrekturen des Planes der Schwerindustrie eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern. Auf der Sitzung am 9. Juni hat das Politbüro Maßnahmen auf dem Gebiet des Handels und der Versorgung, auf landwirtschaftlichem Gebiet und auch hinsichtlich der Erleichterung des Verkehrs zwischen der DDR und Westdeutschland festgelegt.

Um die Erzeugung von Waren des Massenbedarfs zu vergrößern, die von kleinen und mittleren Privatbetrieben hergestellt werden, und um das Handelsnetz zu erweitern, wird vorgeschlagen, den Handwerkern, Einzel- und Großhändlern, privaten Industrie-, Bau- und Verkehrsbetrieben in ausreichendem Umfange kurzfristig Kredite zu gewähren. Die Zwangsmaßnahmen zur Beitreibung von Rückständen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, die bis zum Ende des Jahres 1951 entstanden sind, sollen für Klein-, Mittel- und Großbauern, Handwerker, Einzel- und Großhändler, private Industrie-, Bau- und Verkehrsbetriebe, d. h. in der gesamten privaten Wirtschaft, ausgesetzt werden.

Wenn Geschäftseigentümer, die in letzter Zeit ihre Geschäfte geschlossen oder abgegeben haben, den Wunsch äußern, diese wieder zu eröffnen, so ist diesem Wunsche unverzüglich Rechnung zu tragen. Außerdem soll die HO zur besseren Versorgung der Bevölkerung sofort Agenturverträge mit dem privaten Einzelhandel abschließen.

Das Politbüro schlägt ferner vor, daß die Verordnungen über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe aufgehoben werden und die Einsetzung von Treuhändern wegen Nichterfüllung der Ablieferungspflichten oder wegen Steuerrückständen untersagt wird. Die Bauern, die im Zusammenhang mit Schwierigkeiten in der Weiterführung ihrer Wirtschaft ihre Höfe verlassen haben und nach Westberlin oder nach Westdeutschland geflüchtet sind (Kleinbauern, Mittelbauern, Großbauern), sollen die Möglichkeit erhalten, auf ihre Bauernhöfe zurückzukehren. Ist das in Ausnahmefällen nicht möglich, so sollen sie vollwertigen Ersatz erhalten. Es soll ihnen mit Krediten und landwirtschaftlichem Inventar geholfen werden, ihre Bauernwirtschaften zu entwickeln. Strafen, die wegen Nichterfüllung von Ablieferungsverpflichtungen oder Steuerverpflichtungen ausgesprochen wurden, sollen überprüft werden. Dabei wird vorgeschlagen, den Minister für Land- und Forstwirtschaft zu beauftragen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die Interessen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gewahrt bleiben.

Das Politbüro schlägt weiter vor, daß alle republikflüchtigen Personen, die in das Gebiet der DDR und den demokratischen Sektor von Berlin zurückkehren, das auf Grund der Verordnung vom 17. Juli 1952 zur Sicherung von Vermögenswerten beschlagnahmte Eigentum zurückerhalten. Ist in Einzelfällen die Rückgabe nicht möglich, so soll Ersatz geleistet werden. Zurückkehrenden Republikflüchtigen darf aus der Tatsache der Republikflucht keine Benachteiligung entstehen. Sie sollen durch die zuständigen Organe der Räte der Bezirke und Kreise entsprechend ihrer fachlichen Qualifikation wieder in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben eingegliedert werden und ihre vollen Bürgerrechte erhalten. (Deutscher Personalausweis, Lebensmittelkarte usw.). Für die Rückkehrer sind Auskunftsstellen einzurichten, die ihnen in allen Fragen Rat und Auskunft erteilen.

Das Politbüro ist ferner der Auffassung, daß die Frage der Aufenthaltsgenehmigungen für Westdeutsche und Westberliner sowie die Frage der Ausstellung von Interzonenpässen im Sinne der Erleichterung des Verkehrs zwischen Ost- und Westdeutschland neu geregelt werden müssen. Bei Antrag auf Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für Westdeutsche und Westberliner sind familiäre Gründe anzuerkennen, ebenso bei Anträgen auf Ausstellung von Interzonenpässen. Insbesondere ist Wissenschaftlern und Künstlern die Teilnahme an Tagungen in Westdeutschland zu ermöglichen, ebenso ist Künstlern aus Westdeutschland die Teilnahme an Tagungen in der DDR zu ermöglichen.

Das Politbüro schlägt ferner vor, daß alle im Zusammenhang mit der Überprüfung der Oberschüler und der Diskussion über die Tätigkeit der Jungen Gemeinde aus den Oberschulen entfernten Schüler sofort wieder zum Unterricht zuzulassen sind und daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, die versäumten Prüfungen nachzuholen. Ebenso sollen die im Zusammenhang mit der Überprüfung der Oberschulen ausgesprochenen Kündigungen und Versetzungen von Lehrern rückgängig gemacht werden. Die in den letzten Monaten ausgesprochenen Exmatrikulationen an Hochschulen und Universitäten sollen sofort überprüft und bis zum 20. Juni 1953 entschieden werden. Bei Immatrikulationen an den Hochschulen und Universitäten dürfen befähigte Jugendliche aus den Mittelschichten nicht benachteiligt werden.

Ferner empfiehlt das Politbüro der Regierung der DDR, die Justizorgane zu beauftragen, diejenigen Verurteilten sofort zu entlassen, die nach dem Gesetz zum Schutz des Volkseigentums zu 1 bis 3 Jahren verurteilt worden sind, mit Ausnahme der Fälle, in denen schwere Folgen eintraten.

Ebenso empfiehlt es, diejenigen Untersuchungshäftlinge sofort zu entlassen, gegen die ein Verfahren nach dem Gesetz zum Schutz des Volkseigentums anhängig gemacht wurde und bei denen keine höheren Strafen als die gesetzlichen Mindeststrafen von 1 bis 3 Jahren zu erwarten sind.

Das Politbüro hat schließlich beschlossen, der Regierung der DDR zu empfehlen, daß ab 1. Juli 1953 wieder an alle Bürger der DDR und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin Lebensmittelkarten entsprechend den gesetzlich festgelegten Tätigkeitsmerkmalen ausgegeben werden. Es wird weiter vorgeschlagen, die im April 1953 durchgeführten Preiserhöhungen für Marmelade, Kunsthonig und andere Süß- und Backwaren mit Wirkung vom 15. Juni 1953 rückgängig zu machen, die Fahrpreisermäßigungen in Höhe von 50 Prozent ab 1. Juli 1953 bei Arbeiterrückfahrkarten auf alle berechtigten Personen ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens auszudehnen, die Fahrpreisermäßigungen für Schüler und Lehrlinge und auch bestimmte Schichten der Arbeiter wiederherzustellen und auch die Fahrpreisermäßigungen für Schwerbeschädigte, Kleingärtner usw. sowie die Erstattung von Fahrgeld durch die Sozialversicherung beim Besuch bei Fachärzten wieder einzuführen.

Dokument 2:
Bestreikte Betriebe in Ost-Berlin – Eine Auswahl

In den Überlieferungen des MfS und der Volkspolizei, der SED und der Massenorganisationen der DDR gibt es eine kaum übersehbare Zahl an Berichten über Arbeitsniederlegungen am und im Umfeld des 17. Juni. Betroffen waren weitaus mehr Betriebe als in der folgenden Übersicht aufgeführt. In vielen Fällen sind in den Akten zwar Betriebe genannt, allerdings häufig nur mit Abkürzungen und ohne genaue Adresse. Für die DIN-A0-Karte „17. Juni 1953 – Orte und Ereignisse in Ost-Berlin“ wurden vor allem Großbetriebe erfasst und Betriebe, deren Anschriften anhand zeitgenössischer Telefonbücher und Adressenverzeichnisse zu ermitteln waren. Die Straßennamen sind die des Jahres 1953.
Die Fundstellen (Quellen) sind am Ende dieser Tabelle aufgelistet.

Nr.:	**Betrieb**	**Stadtbezirk/-teil**	**Adresse**	**Quelle Nr.**
1	VEB Bergmann Borsig	Wilhelmsruh	Kurze Str. 5/6	5
2	Firma Werner Lehmann	Niederschönhausen	Kurt-Fischer-Platz 1	11
3	Volkseigenes Gut (VEG) Heinersdorf	Pankow-Heinersdorf	Blankenburger Str. 103-106	9
4	Firma Friedrich Raddatz	Friedrichshain	Mühlenstr. 73	11
5	Deutsche Handelszentrale (DHZ) Metallurgie	Weißensee	Nüßler Str. 7	9
6	VEG Weißensee	Weißensee	Feldmannstr. 148-150	9
7	VEB Transformatorenwerk „Karl-Liebknecht“	Weißensee	An der Industriebahn 12	7
8	VEB Großdrehmaschinenbau Werk 7. Oktober	Weißensee	Gehringstr. 39	2
9	Großberliner Straßenreinigung	Prenzlauer Berg	Malmöer Str. 26 a	8
10	Firma Jaroslav	Weißensee	Lehderstr. 6	
11	Sparkasse	Weißensee	Antonplatz	9
12	TEWA - VEB Blechbearbeitung	Prenzlauer Berg	Greifswalder Str. 140/141	6/10

13	VEB Goldpunkt-Schuhfabrik	Prenzlauer Berg	Erich-Weinert-Str. 141-145	10
14	Treuhandbetrieb Küßner (VEB Küßner-Werk)	Prenzlauer Berg	Greifswalder Str. 136-37	9
15	S-Bahnhof Greifswalder Str.	Prenzlauer Berg	Greifswalder Str.	2
16	DHZ Gemüse	Prenzlauer Berg	Wörther Str.	2/6
17	Konsumbäckerei	Mitte	Brunnenstr. 161	2/4
18	BVG - Berliner Verkehrs-Gesellschaft	Friedrichshain	Kniprodestr. 24	2/6/10
19	VEB Berliner Aufzugbau	Mitte	Chausseestr. 35	4
20	Bahnamtlicher Rollfuhrdienst	Prenzlauer Berg	Greifswalder Str. 23	10
21	VEB Schultheiss	Lichtenberg	Leninallee 174	9
22	VEB Fortschritt II	Prenzlauer Berg	Greifswalder Str. 212/213	2/6
23	VEB Fortschritt IV	Prenzlauer Berg	Greifswalder Str. 220	10
24	Treuhandbetrieb Thele	Prenzlauer Berg	Greifswalder Str. 13	11
25	DHZ Kohle	Mitte	Robert-Koch-Platz 6-8	9
26	Firma Gebr. Lücker	Mitte	Linienstr. 144	11
27	VEB Goldpunkt	Prenzlauer Berg	Greifswalder Str. 220	7/10
28	Siemens-Plania	Lichtenberg	Herzbergstr. 71	2/8
29	DHZ Schrottlager	Lichtenberg	Herzbergstr. 46	7/10
30	VEB ABUS	Lichtenberg	Herzbergstr. 51	8
31	Firma Richard Greiner	Mitte	Oranienburger Str. 69	11
32	VEB Groß-Berliner Vieh- und Schlachthöfe	Prenzlauer Berg	Thaerstr. 31	2/7
33	Konsum-Zentrale, Abt. Selterei	Lichtenberg	Rittergutstr. 16 - 30	8
34	VEB Wälzlager	Lichtenberg	Rittergutstr. 92	1/9
35	Volkseigener Erfassungs- und Aufkauf-Betrieb (VEAB) Häuteverwertung	Lichtenberg	Herzbergstr. 51-54	9

36	Volkseigene Handels-zentrale (VHZ) Schrott	Lichtenberg	Herzbergstr. 46	8
37	VEB Signalbau	Lichtenberg	Rittergutstr. 152	9
38	Zentral-Markthalle	Mitte	K.-Liebknecht-Str. 42-44	2/4
39	Firma Rubach und Zirr-giebel	Friedrichshain	Palisadenstr. 97	11
40	Verlag der Nation	Mitte	Magazinstr. 15	2/4
41	HO Möbellager	Friedrichshain	Eldenaer Str.	9
42	VEB Berliner Werk-zeug-Maschinenfabrik	Friedrichshain	Krautstr. 52	8
43	VEB Fortschritt I	Lichtenberg	Möllendorfstr. 9	3/9
44	Straßenbahnhof	Lichtenberg	Siegfriedstr. 30	2
45	VEB Fortschritt III	Mitte	Wallstr. 15/15a	1
46	VEB Gaselan	Friedrichshain	Andreasstr. 71	3
47	VEB Fortschritt	Lichtenberg	Grünberger Str. 54	3
48	VEB Berliner Vergaser-fabrik	Lichtenberg	Stalinallee 355	3
49	Firma Herbert Weidner	Lichtenberg	Stalinallee 299	11
50	Güterbahnhof Stalinal-lee	Lichtenberg	Buchberger Str.	
51	VEB Ausbau	Mitte	Rungestr. 19	12
52	WMW Schleifmaschi-nen, Werk Berlin	Mitte	Köpenicker Str. 48-49	8
53	Verband Deutscher Konsumgenossenschaf-ten	Mitte	Stresemannstr. 128	7
54	Straßenbahndepot	Friedrichshain	Warschauer Str., Hoch-bahnbogen 28	2
55	Reichsbahnausbesse-rungswerk (RAW)	Friedrichshain	Revaler Str. 99	2
56	Stadtkontor	Lichtenberg	Stalinallee 293a u. 569	9
57	Abgabenverwaltung	Friedrichshain	Warschauer Str. 39-40	9
58	VEB Berliner Brem-senwerk	Rummelsburg	Hirschberger Str. 4	7

59	Werk HF	Friedrichshain	Neue Bahnhofstr.	3
60	VEB Kälte Berlin (ehemals Kälte-Richter)	Friedrichshain	Warschauer Str. 34-38	3
61	Volkseigene Wohnungsverwaltung	Friedrichshain	Warschauer Str. 39/40	9/10
62	RFT - Radio-Rundfunk und Fernmeldetechnik	Friedrichshain	Warschauer Platz 9/10	8
63	Bahnamtlicher Rollfuhrdienst	Friedrichshain	Ostgüterbahnhof Mühlenstr.	10
64	VEB Glühlampenwerk BGW Berliner Glühlampenwerk	Friedrichshain	Warschauer Platz 9/10	3/8
65	VEB Osthafenmühle	Friedrichshain	Stralauer Allee 1-16	2
66	VEB Berliner Kraftverkehr	Lichtenberg	Hauptstraße 9	8
67	entfällt			
68	VEB Tiefbau	Lichtenberg	Chemnitzer Str. 150-162	2
69	BVG-Bahnhof	Treptow	Elsenstr. 111	7
70	RFT - Radio-, Rundfunk- und Fernmeldetechnik	Treptow	Elsenstr.	2
71	Pappenbetrieb Buchholtz, Fischer & Co.	Treptow	Heidelberger Str. 76	11
72	VEG Rummelsburg	Rummelsburg	Köpenicker Chaussee 42-49	9
73	VEG Baumschulenweg	Baumschulenweg	Kiefholzstr. 148	9
74	VEG Baumschulenweg	Baumschulenweg	Köpenicker Landstraße 296	9
75	VEB Kali-Chemie	Treptow	Schnellerstr. 141	7
76	TRO „Karl Liebknecht“, VEB Transformatorenwerk Oberschöneweide	Köpenick/ Oberschöneweide	Wilhelminenhofstr. 83-86	8
77	VEB Funkwerk Köpenick II	Köpenick/ Oberschöneweide	Edisonstr. 63	2
78	Reichsbahnausbesserungswerk	Schöneweide	Schnellerstr. 20	2

79	Kabelwerk Oberspree (KWO)	Köpenick/ Oberschöneweide	Wilhelminenhofstr. 76/77	2
80	Berliner Metallhütten- und Halbwerkzeuge	Treptow	Hasselwerder Str. 27-31	8
81	KG Möbellager, Konsum-Genossenschaft	Köpenick/ Friedrichshagen	Fürstenwalder Damm 441	8/9
82	DEFA Filmgesellschaft	Köpenick	Friedrichshagener Str. 9	8
83	KWK VEB Kabelwerk Köpenick	Köpenick	Friedrichshagener Str. 11	8
84	VEB KODAK-Filmfabrik	Köpenick	Friedrichshagener Str. 9	8
85	Agil Schweißtechnik	Köpenick	Glienicker Str. 34	8
86	VEB Schering	Treptow Adlershof	Glienicker Weg 181	2
87	Bootswerft Schönherr	Grünau	Regattastr. 55	11

Quellen zur Aufstellung der in Berlin bestreikten Betriebe am 16./17. Juni 1953

Nr. 1: Lagebericht Nr. 167 des Operativstabes PDVP vom 16./17. Juni 1953, 07.00 bis 07.00 Uhr, in: Polizeihistorische Sammlung zu Berlin, PDVP, Stab-Operativ, Rapporte, Nr. 8012
1. Mai 1953 bis 30. Juni 1953.

Nr. 2: Lagebericht Nr. 168 des Operativstabes PDVP vom 17./18. Juni 1953 von 6.00 Uhr, in: ebd.

Nr. 3: Lagefilm der VPI Friedrichshain vom 17. Juni 1953, in: ebd.

Nr. 4: Lagefilm der VPI Mitte vom 17. Juni 1953, 8.00 Uhr bis 18. Juni 1953, 8.00 Uhr, in: ebd.

Nr. 5: Lagefilm der VPI Pankow vom 17. Juni 1953, in: ebd.

Nr. 6: Lagefilm der VPI Prenzlauer Berg vom 17. Juni 1953, in: ebd.

Nr. 7: Aufstellung der PDVP, Abt. BS vom 22. Juni 1953, betr.: Arbeitsaufnahme in den von Betriebsschutz gesicherten Betrieben im demokratischen Sektor in der Zeit vom 18.-22.6.1953, in: LAB, C. Rep. 303-26, Nr. 072.

Nr. 8: Aufstellung der PDVP, Abt. BS vom 24. Juni 1953, betr.: Aufstellung über Arbeitsniederlegungen am 17.6.1953 in von Betriebsschutz bewachten Betrieben, in: LAB, C. Rep. 303-26, Nr. 072.

Nr. 9: Analyse des FDGB-Bezirksvorstandes Groß-Berlin zu den Ereignissen vom 15. bis 18. Juni 1953 (14.7.1953), in: LAB, C. Rep. 910, Nr. 1430.

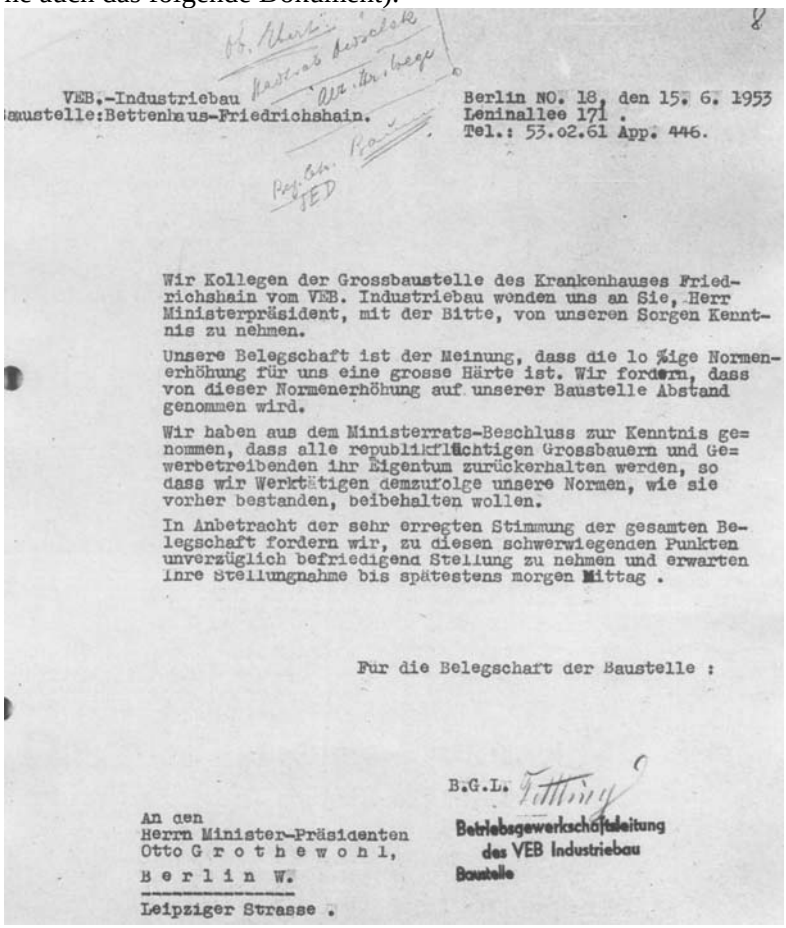
Nr. 10: SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg: Lage im Kreis Prenzlauer Berg bei Arbeitsbeginn der Betriebe (17.6.1953), in: LAB, C. Rep. 303-01-06, Nr. 386.

Nr. 11: Schreiben der Berliner Betriebsverwaltung vom 18.6.1958, betr.: Vorläufiges Ergebnis der Betriebsüberprüfungen der der BBV unterstehenden Betriebe, in: LAB, C. Rep. 902, Nr. 1272.

Nr. 12: MfS-Bericht über Beginn des Bauarbeiterstreiks, undatiert, in: MfS ZA AS 356/57 Bd. 1.

Dokument 3:

Schreiben der Belegschaft der Baustelle Bettenhaus (Krankenhaus Friedrichshain) an den DDR-Ministerpräsidenten vom 15. Juni 1953.
Quelle: Landesarchiv Berlin (Hg.): Der 17. Juni 1953 – Ausstellungskatalog, Berlin 1993
Eine erste, im Ton mildere Fassung des Schreibens war von den versammelten Arbeitern abgelehnt worden. Eine Delegation unter Leitung des BGL-Vorsitzenden Max Fettling brachte den Brief in das Büro des Ministerpräsidenten Grotewohl; zudem wurde der Brief vervielfältigt und an Bauarbeiter auf anderen Berliner Baustellen weitergeleitet (siehe auch das folgende Dokument).



VEB.-Industriebau
Baustelle:Bettenhaus-Friedrichshain.

Berlin NO. 18, den 15. 6. 1953
Leninallee 171 .
Tel.: 53.02.61 App. 446.

Wir Kollegen der Grossbaustelle des Krankenhauses Friedrichshain vom VEB. Industriebau wenden uns an Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Bitte, von unseren Sorgen Kenntnis zu nehmen.

Unsere Belegschaft ist der Meinung, dass die 10 %ige Normenerhöhung für uns eine grosse Härte ist. Wir fordern, dass von dieser Normenerhöhung auf unserer Baustelle Abstand genommen wird.

Wir haben aus dem Ministerrats-Beschluss zur Kenntnis genommen, dass alle republikflüchtigen Grossbauern und Gewerbetreibenden ihr Eigentum zurückerhalten werden, so dass wir Werktätigen demzufolge unsere Normen, wie sie vorher bestanden, beibehalten wollen.

In Anbetracht der sehr erregten Stimmung der gesamten Belegschaft fordern wir, zu diesen schwerwiegenden Punkten unverzüglich befriedigend Stellung zu nehmen und erwarten Ihre Stellungnahme bis spätestens morgen Mittag .

Für die Belegschaft der Baustelle :

B.G.L. Fettling

Betriebsgewerkschaftsleitung
des VEB Industriebau
Baustelle

An den
Herrn Minister-Präsidenten
Otto G r o t h e w o h l,
B e r l i n W.
Leipziger Strasse .

Dokument 4:

MfS-Bericht über den Beginn des Bauarbeiterstreiks, undatiert.
Quelle: BStU, ZA, AS 356/57 Bd. 1

Dieses Dokument aus MfS-Beständen beschreibt die Ereignisse zwischen dem 13. und 17. Juni. Es widmet sich vor allem der Frage, wie es zum Ausbruch der Proteste kam. Dabei wird deutlich, dass die Bootsfahrt Berliner Bauarbeiter am 13. Juni, die zum auslösenden Moment der Streiks werden sollte, bereits vor Verkündung des „Neuen Kurses“ geplant war. Erst das zeitliche Zusammentreffen beider Phänomene sowie die Tatsache, dass auf der Fahrt Betriebsleitung und Belegschaft getrennt wurden, entwickelten jene Dynamik, die am Nachmittag des gleichen Tages zum Streikaufruf führen sollte. Zwar hatte es bereits zuvor derartige Drohungen und kleinere Arbeitsniederlegungen in anderen Betrieben gegeben, doch erst am 15. Juni, dem Montag nach der Dampferfahrt, legten mehrere Brigaden des VEB Industriebau die Arbeit nieder und verabschiedeten die zuvor dokumentierte Resolution (*Dok. Nr. 3*).

Als eine Antwort bis zum Morgen des 16. Juni ausblieb, FDGB-Instrukteure erneut die Normenerhöhung bekräftigten und das Gerücht aufkam, die Brigaden der Baustelle im Krankenhaus Friedrichshain seien gegen ihren Willen eingeschlossen worden, formierte sich spontan ein Protestzug, der zahlreiche weitere Baustellen anlief, schnell anwuchs und sich letztlich zum Haus der Ministerien begab, um dort die Forderungen der Arbeiter zu artikulieren. Sowohl die Route des Hin- als auch des Rückmarsches sind im Dokument detailliert festgehalten.

Die Rücknahme der Normenerhöhung am Mittag des 16. Juni kam zu spät. Die Bauarbeiter, durch die positive Resonanz ihrer Kollegen bestärkt, ließen sich nicht mehr von den folgenden Protesten abhalten. Auch wenn dies der Bericht nicht ausdrücklich erwähnt: Es ging nun primär nicht mehr um ökonomische Forderungen, sondern um eine grundlegende Veränderung des politischen Systems.

Das Stadtgericht Ost-Berlin verurteilte am 26. Mai 1954 Karl Foth zu acht Jahren, Max Fettling zu zehn und Berthold Stanicke zu vier Jahren Zuchthaus. Alfred Metzdorf war bereits am 16. Juni nach West-Berlin geflohen.

0222

Bericht

Bei einer Produktionsberatung des VEB-Industriebau Baustelle Friedrichshain im Mai 1953 wurde durch den Bauleiter R [redacted] der Vorschlag zu einer Dampferfahrt gemacht. Die anwesenden Brigadiere welche an der Produktionsberatung teilnahmen, gaben dazu ihre Zustimmung. Es wurde eine Kommission zur Organisierung der Dampferfahrt gebildet welche sich aus folgenden Personen zusammensetzte:

F e t t l i n g ,	Max	I.BGL.-Vors.
B [redacted] ,	G [redacted]	II.BGL.-Vors.
K [redacted] ,		Abrechnungstechniker
F o t h ,	Karl	Mitgl.d.BGL
B [redacted] ,	K [redacted]	Brigadier

Bei dieser Besprechung wurde gleichzeitig der Termin für die Dampferfahrt für den 13.6.1953 festgelegt, die Schiffsbestellung übernahm der I.BGL-Vors. Fettling.

Nach Aussagen des F e t t l i n g , wurde er bereits am 12.6.1953 auf der Baustelle vom BGL-Mitgl. F o t h unterrichtet, daß der Brigadier H e t z d o r f gesagt habe, daß seine Brigade am 15.6.1953 in den Streik treten würde, weil sie mit der 10% Normenerhöhung nich einverstanden seien.

F e t t l i n g machte dem Oberbauleiter K [redacted] davon Mitteilung, unterließ es jedoch den FDGB zu verständigen.

Desweiteren erklärte am 12.6.1953 gegen 12.00 Uhr der Maurerbrigadie R [redacted] dem Maurerbrigadier B [redacted] , daß seiner Brigade der Lohn durch die 10%ige Normerhöhung um 10% gekürzt worden sei und sich sei ne Leute damit nicht abfinden würden. Falls die Norm nicht erändert würde, trete seine Brigade am 15.6.1953 in den Streik.

Ebenso habe er mit dem Maurerbrigadier F o t h gesprochen, daß dessen Leute ebenfalls für den Streik sind.

Am 13.6.1953 8.00 Uhr startete die vorerwähnte Dampferfahrt mit den Schiffen "Seid bereit" und "Triumpf" nach dem Lokal"Rübezahl" in Schmöckwitz. Die Aufteilung der Belegschaft auf die beiden Dampfer wurde von F e t t l i n g und B [redacted] vorgenommen. Nach Aussagen des F e t t l i n g , sind die Brigadiere H e t z d o r f , B [redacted] , Z [redacted] , F o t h und J [redacted] an ihn

30

herangetreten mit dem Ersuchen, diese Brigaden auf einem Schiff unterzubringen. Man trennte hier die Teilnehmer in zwei Teile. Während auf dem Dampfer "Seid bereit" die gesamte techn. Leitung und die Arbeiter die keiner Brigade angehörten fuhren, wurden die aktiven Brigaden auf den Dampfer "Triumpf" verteilt.
Nach Angaben des Bauingenieur K [redacted] machte sich durch diese Einteilung eine Mißstimmung unter der Belegschaft bemerkbar.
Am Nachmittag wurde in der Gaststätte "Rübezahl" vom II.BGL-Vors. B [redacted] eine humoritische Ansprache gehalten. Anschließend hielt der Bauleiter R [redacted] eine Begrüßungsansprache. Im Anschluß daran stieg der Brigadier M e t z d o r f auf den Tisch und erklärte, daß am Montag den 15.6.1953 früh gestreikt würde.

Nach Aussagen des S t a n i k e , Maurer der Baustelle Stalinallee Block 4o, hat am Sonnabend , den 13.6.1953 der Abrechnungstechniker [redacted] S [redacted] dem Brigadier B r [redacted] nachfolgendes erzählt, daß in der nächsten Zeit mit "etwas Großen" zu rechnen sei, es würde "was in der Luft liegen". Als S [redacted] b e r den S t a n i k e bemerkte, äußerte er zu B r [redacted] , daß er ihm dies allein sagen müsse, sie unterhielten sich im Flüsterton weiter. S t a n i k e konnte nur hören, daß S [redacted] von einem bei der Bauleitung eingegangenen Rundschreiben sprach welches er selbst gelesen hat und darauf gleich verschloßen worden se Dieses Gespräch fand nach Feierabend in einem Kolonialwarengeschäft am Weidenweg statt. Zeuge dieses Gespräches war noch der Steinträger S c h [redacted] , H [redacted] vom Block 4o.

Zu den Streikvorbereitungen des M e t z d o r f sagt der Bauingenieur K [redacted] folgendes aus: "Weiterhin war mir bekannt, daß der berüchtigt M e t z d o r f seine Brigade etwa 3 - 4 Wochen vor diesem Vorfall von den Leuten säuberte, die er für seine Ziele nicht verwenden konnt er sammelte bereit in dieser Zeit Elemente um sich mit denen er systematisch diesen Streik vorbereiten konnte, es waren regelrechte Schlägerkolonnen, welche er sich nach und nach von den einzelnen Baustellen der Stalinallee holte. Vor der Versammlung am 13.6.53 fielen diese verbrecherischen Elemente auf der Baustelle allen dort Beschäftigten durch ihr rüpelhaftes Benehmen auf. Während der Versammlung führten sie ständig aufrührerische Hetzreden, indem sie die bereits beruhigten Arbeiter immer wieder aufputschten und die Redner der Betriebsleitung und des FDGB ständig durch Zwischenrufe unterbrachen."

- 3 -

Am 15.6.1953 7.oo Uhr waren die Arbeiter des VEB-Industriebau auf der Baustelle Krkhs.Friedrichshain, nahmen aber erst auf ausdrück liche Aufforderung des Bauleiters R [redacted] gegen 7.15Uhr die Arbeit auf. Sie stellten die Forderung eine Betriebsversammlung einzuberufen über die Senkung der Normen. Diese Versammlung wurde für 9.oo Uhr angesetzt und durchgeführt.
Als Motiv zum Streik wird übereinstimmend von den Beschuldigten a gesagt, da. eine starke Unzufriedenheit unter den Arbeitern wegen wiederholt im Monat Mai 1953 vorgenommener Lohnkürzungen herrsche Es wurde Anfang Mai 1953 eine Herabstufung des Stundenlohnes entspre chend des Kollektivvertrages vorgenommen und im gleichen Monat der Normenkatalog der DDR bei den Bauarbeitern eingeführt. Am 1.6.1953 erfolgte eine 1o%ige Lohnsenkung durch die schematische Herabsetzung der Normen. Teilweise betrug die Lohnsenkung 2o - 25 %.
Aufgrund dieser Dinge wurde die obenangeführte Versammlung durchge-führt. Hierbei wurde eine Resolution verfaßt, in der die Senkung Normen gefordert wurde und welche dem Ministerpr sidenten zur Bear wortung vorgelegt werden sollte. Diese Resolution wurde von dem F e t l i n g , der BGL und dem SED-Krs-Leitungsmitglied Friedrichs-hain Gen. B a u m ausgearbeitet und formuliert. Diese Resolution wurde von der Belegsdhaft abgelehnt mit der Forderung das Wort "bitten" durch "fordern" zu ersetzen und daß die Beantwortung der Resolution nicht in 4 Tagen, sondern sofort zu erfolgen hat. Die so abgeänderte Resolution wurde von dem GBL.-Vors. F e t t l i n g B [redacted] , R [redacted] und einem Maurer (Name unbekannt) zum Bü-ro des Ministerpräsidenten gebracht.
Auch nach der Versammlung wurde die Arbeit am 15.6.1953 nicht wieder aufgenommen.
Somit war der VEB - Industriebau Baustelle Friedrichshain der erste Betrieb, welcher in den Streik trat.
Dazu ist zu bemerken, daß der Haupträdelsführer M e t z d o r f , am Montag den 15.6.1953 der Wortführer zur Einberufung einer Ver-sammlung war. Nach Angaben des Bauingenieur K [redacted] , wurde der M e t z d o r f am Montag den 15.6.1953 durch den Kollegen M [redacted] , Leiter der Abt. Arbeit, scharf kritisiert und ist nach dem nicht mehr auf der Arbeitsstelle erschienen.

Bezeichnend ist, daß bereits am 15.6.1953 früh zwei BGL-Mitglieder der Baustelle Staatsoper und zwei Vertreter der Baustelle Stalinallee Block 4o erschienen welche sich nach dem Streik erkundigen wollten. Sie erhielten durch F e t t l i n g und S [redacted] die Möglichkeit an der Produktionsbesprechung, sowie an der anschließenden Belegschaftsversammlung teilzunehmen. Von der angenommenen Resolution auf der Baustelle Friedrichshain wurden den Arbeitern der Baustelle Staatsoper und Stalinallee Block 4o Abschriften mitgegeben.
Weiterhin erschien auf der Baustelle Friedrichshain das BGL-Mitglied B [redacted] von der Baustelle Halbzeugwerke Schnellerstrasse, bei F e t t i n g, um sich nach dem Streik zu erkundigen. F o t t i n g informierte ihn über den Verlauf der Betriebsversammlung, der Arbeitsniederlegung und über die Forderung der Normensenkung.
Andere Baustellen wurden von dem Bauschreiber H [redacted], dem Oberbauleiter K [redacted] und dem Materialverwalter R [redacted] auf telefonische Anrufe von dem Streik auf der Baustelle unterrichtet.

Am 15.6.1953 wurde der Maurer S t a n i k e von den Brigadieren B [redacted] und G [redacted] beide Baustelle Stalinallee Block 4o beauftragt, auf der Baustelle Friedrichshain nachzusehen, ob diese Kollegen sich im Streik befinden. Sollte dies der Fall sein, dann soll S t a n i k e dem BGL-Vors. mitteilen, daß sich auch die Baustelle Stalinallee Block 4o dem Streik anschließen würde.
In seiner Begleitung befand sich ein weiterer Arbeiter (Name unbekannt von der Baustelle Block 4o, welcher ebenfalls den Auftrag von den vorerwähnten Brigadiers erhalten hat.
Bei den Kurieren handelt es sich um die bereits im Bericht erwähnten Arbeiter der Baustelle Stalinallee Block 4o, welche bei der Belegschaftsversammlung der Baustelle Friedrichshain anwesend waren und die Abschrift der Resolution erhalten haben.
Nach Rückkehr des S t a n i k e zur Baustelle Block 4o waren die Belegschaftsmitglieder bereits im Speiseraum versammelt. Der BGL.-Vors. von der Baustelle Stalinallee Block 4o wollte die durch S t a n i k e überbrachte Resolution ungelesen vernichten, aber der Parteisekretär Gutezeit erhob dagegen Einspruch und dieselbe wurde durch den Steinträger Kurt S [redacted] zur Verlesung gebracht und von der Belegschaft angenommen.
Durch die Frau K [redacted] von der Oberbauleitung wurde die Resolution nochmals vervielfältigt und eine Abschrift der Baustelle Fernheizwerk der Brigade L [redacted] übergeben.

Am Dienstag den 16.6.1953 früh kam der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz mit 15 Instrukteuren zu Baustelle Friedrichshain, und erklärten, daß an dem Beschluß des Ministerrates der DDR zur Erhöhung der Normen nicht zu rütteln sei, daß allerdings die Durchführung des Beschlusses in dem Betrieb nicht richtig gewesen wäre.
Auch hierauf nahmen die Arbeiter die Arbeit am 16.6.1953 nicht auf.
Am Dienstag 16.6.1953 waren während der Diskussion mit den FDGB-Instrukteuren 2 Bauarbeiter der Baustelle Stalinallee Block 4o anwesend. Da der Direktor des Krankenhauses Friedrichshain das große Eingangstor während dieser Zeit schließen ließ, stiegen die beiden Bauarbeiter vom Block 4o über die Mauer und berichteten an ihrer Baustelle, daß die Bauarbeiter der Baustelle Friedrchshain eingeschloßen worden seien.

Hierauf erschien ca.1 Stunde später eine Kolonne von Bauarbeitern der Baustelle Block 4o , die das Tor des Krankenhauses Friedrichs aufbrachen und über die Baustelle Friedrichshain zogen. Sie forderten die dortigen Bauarbeiter auf, sich am Demonstationszug zu beteiligen, was auch die Hälfte der Bauarbeiter durchführte, während die Anderen in der Baubude verblieben.
Der Demonstrationszug bewegte sich zu den anderen Baustellen wo die Arbeiter ebenfalls aufgefordert wurden, sich ander Demonstration zu beteiligen. Der Demonstrationszug bewegte sich vom Krankenhaus Friedrichshain über Leninallee - Stalinallee - Block G-Nord - G-S Straußberger Platz - Alexanderplatz - Rathausstr. - Marx-Engels-P Unter den Linden - Friedrichstr. - Leipziger Str. zum Haus der Ministerien.
Der Rückweg führte durch folgende Straßen:
Leipziger Str. - Friedrichstr. - Wilhelm-Pieck-Str. - Jostystr. - Alexanderplatz - Stalinallee - Möllendorfstr. - zur Markaue.

Am 16.6.1953 gegen 13.15 Uhr erhielt der BGL-Vors. F e t t l i n g von FDGB-Instrukteuren und der Leitung des VEB - Industriebau die Mitteilung, daß die Regierung der DDR die letzige Normenerhöhung rückgängig gemcht habe. Hierauf nahm der zurückgebliebene Teil der Bauarbeiter die Arbeit wieder auf.

- 6 -

Am 17.6.1953 waren alle Bauarbeiter auf der Baustelle erschienen F e t t l i n g erklärte nochmals den Beschluß der Regierung der DDR. und forderte zur Arbeitsaufnahme auf.
In der stattgefundenen Versammlung sprachen einige Arbeiter gegen die Arbeitsaufnahme und erklärten, daß sie zum Straußberger Platz marschieren würden, da ab heute (17.6.) Generalstreik sei.
Nach Angaben des F e t t l i n g war einer der Schreier ein Maurer aus der Brigade S i g o r s k i oder der Brigade H ä h n (Name unbekannt).
Hierauf setzten sich ca. 2o - 3o Arbeiter zum Straußberger Platz in Bewegung. Die Anderen brachten zum Ausdruck, nicht zu arbeit mit der Begründung, daß sie sich nicht die Knochen kapput schlag lassen wollen.

Auch auf der Baustelle Stalinallee Block 4o wurde am 17.6.1953 nicht gearbeitet.

Dokument 5:

Lagebericht Nr. 168 des Operativstabes des Präsidiums der Deutschen Volkspolizei Ost-Berlin vom 17./18. Juni 1953.
Quelle: Polizeihistorische Sammlung zu Berlin, PDVP, Stab-Operativ, Rapporte, Nr. 8012.

Der zentrale Lagebericht (auch: Lagefilm) aus dem Präsidium der Deutschen Volkspolizei gibt die dramatischen Ereignisse in Ost-Berlin während des 17. Juni minutiös wieder. In ihm sind die Meldungen der VP-Einsatzkräfte vor Ort verzeichnet, die zunächst für jeden Stadtbezirk gesammelt und dann zum vorliegenden Dokument zusammengeführt wurden. Der Bericht umfasst nahezu 200 Einträge für den Zeitraum von 6.00 bis 21.00 Uhr und wurde noch am Abend des 17. Juni erstellt. Dies verleiht ihm ein hohes Maß an Authentizität, zumal hier weitgehend auf eine politische Wertung der Vorgänge verzichtet wird; das Hauptaugenmerk liegt offensichtlich auf einer möglichst exakten und zeitnahen Erfassung der relevanten Vorgänge.
Deutlich wird, dass die Streikaufrufe vom Vortage nicht ungehört verhallten, sondern in vielen Betrieben auf breite Resonanz gestoßen waren. Bereits in den frühen Morgenstunden befanden sich zahlreiche Belegschaften im Ausstand und diskutierten das weitere Vorgehen. Das beständige Anwachsen sowie die geographische Ausdehnung des Protestes können anhand des Dokumentes ebenso nachvollzogen werden wie die vielfältigen Formen, in denen er zum Ausdruck kam. Es sind u.a. die immer gleichen Objekte, die zum Ziel von Angriffen wurden: Die „Schnüffelbuden“ des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs, Gebäude des FDGB, SED-Bürogebäude, Propagandaschaukästen und -tafeln der SED und der Nationalen Front, auf Ostberliner Seite aufgestellte Grenzmarkierungen an den Sektorengrenzen etc. Nicht zuletzt wird die Ohnmacht der VP-Kräfte erkennbar, auch nur in Ansätzen effektiv gegen die revoltierenden Massen vorzugehen, so dass zum Erhalt der Macht der SED ein Eingreifen der sowjetischen Truppen schließlich unerlässlich wurde. Doch trotz des verhängten Ausnahmezustandes brach der Widerstand keineswegs ab, sondern setzte sich bis in die Abendstunden fort.

PdVP Berlin, den 17.6.1953

Lageberich Nr. 168 des Operativstabes PdVP
vom 17./18.(.1953 von o6.oo bis Uhr.

o6.oo VPI-Lichtenberg

Vor dem VEB-Wälzlager, Rittergutstr. stehen ca, 15o Personen, die Nachtschicht verläßt trotz Aufforderung der BGL nicht das Werk und verhindert die Aufnahme der Arbeit durch die Tagschicht

o6.o5 Lichtenberg
Vor dem Fortschrittwerk I, Möllendorfstr. diskutieren ca 5oo Frauen. Lage ruhig.

o6.o5 Ca. 4o FDJler (Agitationsgruppe) patroulliert vor dem Gelände des Kraftwerk Klingenberg

06.25 VPI.-Friedrichshain meldet:

Die Belegschaft des Berliner Bremsenwerk hat die Arbeit vollzählig niedergelegt.

o6.25 Lichtenberg

Vom Fortschrittwerk I, Möllendorfstr. bewegt sich ein Zug von ca. 25o Frauen Richtung Stalinallee

o6.27 Friedrichshain

BS-Wache Glühlampenwerk meldet, daß vor dem RAW-Revalerstr. eine größere Menschenansammlung

06.45 VPI.-Lichtenberg meldet:

Fortschrittwerk Grünberger Str. Belegschaft steht geschlossen vor dem Werk.

06.47 VPI.-Friedrichshain

1 Demonstrationszug in Stärke von 6oo Personen marschiert von der Nieder arnimstr. in Richtung Strausberger Platz.

Eine Demonstrationszug in Stärke von ca. 1.ooo Personen in der Stalinallee Richtung Alexanderplatz.

o7.o5 Friedrichshain

Im VEB-Vergaser, Stalinallee, verweigern Jugendliche die sich vor dem Werkgelände befinden den Arbeitern den Zutritt zum Werk

[redacted]

8oo Angehörige der Zweigstelle Hirschbergerstr. des EAW Stalin, Treptow,

o7.2o Mitte

15o Bauarbeiter marschieren Weidingstr. Rictung Babylon

o7.2o VPI.-Friedrichshain

Ca. 1000 Bauarbeiter von der Warschauer Brücke kommend marschiert in Richtung Strausberger Platz.

07.25 Uhr **VPI.-Prenzlauer Berg meldet:**

ca. 100 Bauarbeiter demonstrieren von der Dimitroffstr. Prenzlauer Allee in Richtung Gaswerke.

Funkleitstelle meldet:

07.35 Uhr Spitze des Demonstrationszuges Gruner Str.

07.30 Uhr **VPI.-Friedrichshain meldet:**

Belegschaft des Werkes Kelterichter verlässt den Betrieb.

VEB-Glühlampenwerk Belegschaft versammelt sich auf den Hof.

VPI.-Mitte meldet:

Bekleidungshaus HO Rathausstr. haben sich ca. 6 - 800 Personen angesammelt, die Schmährufe auf die Regierung hervorbringen.

07.42 Uhr **Lichtenberg**

In der Rittergutstr. sammelt sich ein Zug von ca. 1000 Arbeitern mit Marschrichtung Stalinallee.

07.45 Uhr **Funkleitstelle**

mit der Räumung des Strausberger Platzes wird begonnen.

07.40 Uhr **Funkleitstelle:**

Molkenmarkt Schlägerei 150 Personen.

07.50 Uhr **Treptow meldet:**

BAW J.W. Stalin wird nicht gearbeitet.

07.40 Uhr **Meldung von VPI Köpenick**

Im KWO 300 bis 400 Arbeiter auf dem Gelände und verlagen eine Belegschaftsversammlung sowie den Abzug der VP der sowjetischen Truppen und Panzer.

07.45 Uhr Staatliches Rundfunkkommitee ca. 80 bis 100 Bauarbeiter auf der Baustelle nehmen nicht die Arbeit auf, halten sich z. Zt. in der Kantine des Werkes auf.
Streik wurde beschlossen, die Arbeiter haben das Gelände verlassen.

07.45 Uhr KWK, die Normalschicht der Schlosserei hat die Arbeit nicht aufgenommen. Eine Person namens König fordert die anderen Abteilungen zur Niederlegung der Arbeit auf. Er geht dazu über, die noch laufenden Maschinen in der Kabelhalle anzuhalten. Durgegebenm Zekalle.

07.50 Uhr **VPI.-Prenzlauer Berg**

Prenzlauer Allee Ecke Metzerstr., etwa 250 Personen in Richtung Alex. Dimitroffstr. in Richtung Alex ca. 200 Personen in der Mehrzahl Frauen.
Carmen-Sylva-Str. wird über Rias zum Streik aufgefordert.
Rundfunkempfänger noch nicht ermittelt. Zentralviehhof wird gearbeitet nur im Kühlhaus streiken die Bauarbeiter.
LHZ Schrott und Fortschrittwerk II streiken.
LHZ Gemüse Wörtherstr. streiken ebenfalls.

07.55 Uhr **Lichtenberg**

Betriebsfunk von Siemens-Plania wird durch Arbeiter besetzt.

08.00 Uhr Berliner Kraftverkehr Hauptstr. stellt Arbeit ein. 400 Arbeiter auf dem Gelände versammelt.

05 Uhr Straßenbahnhof BVG Siegfriedstr. (Parteisekretär)

Vor den Grundstücken des Siemens-Plania-Werk in der Herzbergstr. werden die Straßenbahnzüge von den Arbeitern angehalten und die Fahrgäste zum Aussteigen gezwungen.

08.05 Uhr Friedrichshain vom VEB Glühlampe

900 Belegschaftsmitglieder versammeln sich vor dem Werk und fordern die übrige Arbeitsbelegschaft auf, die Arbeit niederzulegen. Zug formiert sich Richtung Stalinallee.

08.05 Uhr Wache Stalinallee

Demonstrationszug von ca. 1000 Personen an der Koppenstr. Neuer Demonstrationszug Warschauer Str. Stalinallee- Strausberger Platz.

08.10 Uhr Friedrichshain

Werk HF Neue Bahnhofstr. um 07.00 Uhr Arbeit niedergelegt. Arbeiter verlassen 07.15 Uhr in Stärke von 700 Mann den Betri

VEB Gaselan Arbeit nicht aufgenommen. Arbeiter diskutieren über Solidaritätskundgebung mit Bauarbeitern.

08.15 Uhr Friedrichshain

1000 Personen aus Warschauerstr. kommend marschieren in Richtu Strausberger Platz.

Demonstrationszug 1500 Personen, Koppenstr. eingebogen in Richtung Ostbahnhof.

1000 Personen, aus Lichtenberg kommend, marschieren Richtung Strausberger Platz.

08.20 Uhr Weissensee

Demonstrationszug in Stärke von 2000 Mann marschiert von der Industriebahn kommend, zum Werk). Oktober.

08.20 Uhr Köpenick

ca. 1200 Arbeiter von RFT Köpenick haben die Arbeit niedergelegt, da angeblich ein sowjetischer Panzer vorgefahren ist.

Kabelwerk Köpenick

Betriebsleitung hat beschlossen um 10.00 Uhr die Arbeit niederzulegen. Eine Delegation erschie auf der BS-Wache und verlangt die Herausgabe der Waffen.

08.20 Uhr VPI.-Mitte

Verstärkung der Sektorengrenze KP Brandenburger Tor 50 VP.-Wm. Einsatzleiter VP.-Komm. Z a p p e

Stützpunkt X meldet:

5 000 Personen Leipzigerstr. in Richtung HdM.

VEB Anlagenbau Schlegelstr. 25/26 Unruhen unter den Arbeitern ca. 3 bis 4000 Personen.

ca. 1000 Personen Unter den Linden in Höhe Marx-Engels-Platz

Spittelmarkt 3 bis 4000 Personen in Richtung Haus der Minister

Cronenstr. ca. 150 FDJler in Richtung HdM rufen vermutlich "wir brauchen keine Vopo und keine HO. Durchgegeb. VP.-Komm. S e e f e l d.

08.25 Uhr Auf Befehl von Oberrat Lefevre ist die Sektorengrenze i Ein- und Ausfahrt für KB.-Fahrzeugen gesperrt.

08.30 Uhr Friedrichshain

Wache Stalinallee meldet, daß Demonstranten sowjetische Manschaftswagen produzieren. Keine Zwischenfälle.

08.30 Uhr VPi-Oberrat H i l s c h e r, BS meldet:

Kraftwerk Klingenberg alles in Ordnung nur ca. 15 bis 18 Mann, die nicht zur normalen Schicht gehören, haben das Werk verlassen.

08.30 Uhr Lichtenberg

150 Personen vom Blockdammweg marschieren in Richtung Ostkreuz ca. 120 Personen vom Rödernplatz Marschieren zur Stalinallee.

Konsum-Rittergutstr. Abteilung Selterei hat die Arbeit niedergelegt.

Betrieb Abus hat ebenfalls in der Herzbergstr. die Arbeit niedergelegt.

08.35 Uhr H i l s c h e r meldet:
ca. 250 Personen fremder Firmen haben die Arbeit niedergelegt. Stammbelegschaft Klingenberg arbeitet weiter. Lage ruhig.

08.35 Uhr Friedrichshain

700 Belegschaftsmitglieder VEB Glühlampe bilden Demonstrationszug.

08.45 Uhr Lichtenberg

ca. 400 Arbeiter vom Rödernplatz in Richtung Stalinallee

Güterbahnhof Stalinallee haben ca. 100 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Durchgegeben VP.-Komm. Samarieter.

08.50 Uhr Barnimstr. meldet

ca. 80 Personen Angehörige eines Betriebes fordern die Freilassung ihrer Cheffin.

8.55 Uhr Prenzlauer Berg

VEB-Goldpunkt hat die Arbeit niedergelegt. ca 120 Personen vom S-Bahnhof Greifswalderstr. kommend, marschieren in Richtung Alex.

08.50 Uhr VPI.-Mitte

Ca. 4000 Personen Friedrichstr. in Richtung Leipzigerstr.

Markthalle Alexanderplatz meldet der Direktor der Halle, daß Demonstranten Konsumstände zerschlugen, Halle wird geschlossen. VP.-Komm. S c h i l l e r.

08.55 Uhr Vollzugsmeldung Abteilung BS

Kräfte mit Bewaffnung ausgerüstet.

08.57 Uhr Köpenick

Arbeiter vom Kabelwerk Köpenick versuchen in das Werk Kodak einzudringen und fordern die Arbeiter auf, das Werk zu verlassen. Die Arbeiter des Funkwerkes II Edisonstr. sind durch einen Demonstrationszug aufgefordert worden, das Werk zu verlassen. Belegschaft verließ geschlossen das Werk und schloß sich der Demonstrationstruppe an.

[illegible] Uhr **Lichtenberg**

ca. 20 Betriebsfremde Personen haben das E-Werk Rummelsburg verlassen.
ca. 1000 Personen von VEB-Tiefbau von Biesdorf in Richtung Lichtenberg.

09.05 Uhr **Friedrichshain**

Am KP 61 nähern sich ca. 200 Demonstranten aus dem Westsektor und hindern die Straßenbahnen am Weiterfahren. Der Oberleitungsdraht wird abgerissen.

09.00 Uhr **Friedrichshain**

2. Demonstrationszug von Andreasstr. kommend, weiter Holzmarktstr.
Demonstranten aus Stalin-Werk Oberbaumbrücke erreicht, marschieren weiter Stalinallee.

09.05 Uhr **Mitte**

Haus der Ministerien durch VP Abgeriegelt.

09.03 Uhr **Treptow**

ca. 1500 Personen, vermutlich vom EHW Stalinwerk haben über Freiarchenbrücke den Westsektor betreten und alle Sektorenschildersperren rausgerissen.

Die Arbeiter des Werkes Shering haben beschlossen die Arbeit niederzulegen.

RFT Elsenstr. hat die Arbeit niedergelegt.

09.10 Uhr **Weissensee**

VP ca. 2500 Arbeiter versuchen die Betriebe hinter dem Verwaltungsgebäude SAG Clement-Gottwald-Allee zum Streik aufzufordern.

09.10 Uhr **Mitte**

Leiter Revier 12 meldet: daß die Wachbude des AZKW Friedrich-Ecke Zimmerstr. in Brand gesetzt wurde.

09.12 Uhr **Lichtenberg**

Streikende Straßenbahner des Straßenbahnhofs Lichtenberg versuchen die Ausfahrt der Wagen zu verhindern.

09.15 Uhr **Friedrichshain**

Neuer Demonstrationszug ca. 1000 Personen marschiert Richtung Strausberger Platz.

09.20 Uhr **Kontrollpunkt unter den Linden**

Am Brandenburger Tor werden die Sektorenschilder abgerissen.

09.20 Uhr **KP 34 meldet:**

Demonstrationszug c.a 2 bis 3000 Personen gehen durchs Brandenburger Tor in den Westsektor.

09.25 Uhr **Weissensee**

Zug in Stärke von 2.500 Personen marschierten vom Werk 7. Oktob kommend in Richtung Stadt-Mitte. An der Spitze 4 Zimmerleute die den Sturz der Regierung verlangen.

09.28 Uhr ~~Prenzlauer Berg~~

09.30 Uhr **Prenzlauer Berg**

Personal des Vieh- und Schlachthofes und des S-Bahnhofes Greifswalderstr. haben die Arbeit niedergelegt.

Ein Demonstrationszug von ca. 6000 Personen aus Weissensee kommend bewegt sich von Greifswalderstr. Richtung Dimitroff-Str.

09.35 Uhr **Kontrollpunkt 34 Brandenburger Tor.**

Demonstrationszug von ca. 2 bis 3000 Personen haben den demokratischen Sektor verlassen.

09.35 Uhr **Friedrichshain**

2 neue Demonstrationszüge haben Stalin-Allee Strausberger-Platz erreicht und marschieren weiter nach Alexanderplatz.

09.40 Uhr **Lichtenberg**

ca. 60 betriebsfremde Personen hindern die Ausfahrt der Straßenbahnen am Straßenbahnhof Lichtenberg. VP e[illegible] Kräfte zur Säuberung unterwegs.

09.45 Uhr **Friedrichshain**

KP 60 meldet, daß das Personal der Müllabfuhr streikt und begibt sich zum Straßberger Platz.

Neuer Zug 1500 Personen Stalinallee Richtung Strausberger Pla[illegible]

09.40 Uhr **Prenzlauer Berg**

VEB Blech Greifswalderstr. hat die Arbeit niedergelegt.

Werk Goldpunkt hat nach Durchführung einer Versammlung die Arbeit wieder aufgenommen.

09.45 Uhr **KP 34 Brandenburger Tor**

In der Wilhelmstr. ein Demonstrationszug Menge nicht übersehbar bewegt sich Brandenburger Tor.

09.50 Uhr **Lage Inspektionsbereich Köpenick**

In fast allen Betrieben wird zu 50 bis 60 o/o gestreikt. Die Streikenden haben sich zu einem Demonstrationszug zusammengefunden, der sich Richtung Berlin bewegt. Der Zug ist soweit auseinandergezogen, so daß sich Teile desselben in Niederschöneweide in Oberschöneweide und Köpenick befinden.

09.50 Uhr **Friedrichshain**

ca. 75 Personen haben die Schilligsbrücke überschritten mit den Bemerken Verstärkung heranzuholen.

KP 61 Schillingsbrücke

Demonstrationszug aus Richtung Andreasstr. in Richtung Strausberger Platz ca. 500 Personen.

BS Wache Stalinallee

Demonstranten werden vom Stalindenkmal abgedrängt in Richtung Fruchtstr.

? Uhr Wache Kolumbushaus

~~KP 60 meldet 1000 Personen über Schillingsbrücke in den West-Sektor~~

Aufklärungslokal geradeüber des kolumbushauses wurde von Demonstranten abgerissen und in den Westsektor verschleppt.

09.56 Uhr Friedrichshain

KP 60 meldet 1000 Demonstranten haben Schillingsbrücke Richtung Westsektor überschritten. Beim Übergang wurde demPOsten zugerufen "Ihr Faschisten wir wollen freie Wahlen'

09.59 Uhr Treptow

Firma Schering bewegt sich in Richtung Bahnhof Adlershof und drohen mit Fäusten unseren sowjetischen Freunden.

Köpenicker Landstr. 104 eine Sperre durch Demonstranten, di kein Fahrzeug mehr durchlassen.

10.00 Uhr Lichtenberg

Konsum-Zentrale Rittergutstr. sind die Fleischer und Bäcker nach Aufarbeitung der Rohbestände in den Streik getreten.

Es machen sich überall im Inspektionsbereich bei den Konsum und Ho.-Filialen Angsteinkäufe bemerkbar. In der Hauptstr. Lichtenberg wurden 3 Lkw mit Baurbeiter in Richtung Stadt Mitte angetroffen.

10.00 Uhr Weissensee

Am Antonplatz wurde ein Funkwagen von Demonstraten umgestürzt.

Treptow

BVG Bahnhof Elsenstr. ist in den Streik getreten.

Demonstrationszug aus Richtung Schöneweide im Anmarsch zum Bahnhof Treptow. 2500 Personen.

09.57 Uhr Prenzlauer Berg

In den Revierbereichen 62 und 65 haben vereinzelt Lebensmittelhändler ihre Geschäfte geschlossen. Sie wurden mit der Androhung des Gewerbeentzuges wieder zu öffnen.

10.00 Uhr Friedrichshain

3 vollbesetzte Lkw mit Demonstranten fahren Stalinallee Richtung Straussberger Platz. Polizeiliches Kennzeichen ist nicht zu erkennen.

10.05 Uhr Wache Kolumbushaus meldet:

Am Potsdamer Platz brennt das Aufklärungslokal der Nationalen Front. Starke Menschenansammlungen.

10.05 Uhr Mitte

Über Ol wurde gemeldet, daß Friedrichstr. Ecke Unter den Linden ein mit 2 VP.-Angehlrigen besetztes VP.-Fahrzeug von Demonstranten umgeworfen wurde.

10.10 Uhr Bewohner des Hauses unter den Linden 12, Palast der Technik meldet, daß 2 VP.-Angehörige aus einem VP.-Fahrzeug vor dem Hause Nr. 12, von Demonstranten herausgeholt wurden.

10.10 Uhr Pankow

Nach Mitteilung der Parteileitung haben 6000 Arbeiter des Stalin-Werkes Henningsdorf die Arbeit niedergelegt fahren mit der S-Bahn nach Berlin.

Belegschaft der Fa. Garbatti fordert Lohnerhöhung. Lage z.Z. ruhig.
Bergmann Borsig z.Zt. in allen Hallen Versammlungen.

10.15 Uhr Mitte

Verkehrsunfall Charlottenstr. Unter den Linden zwischen Lkw und sowjetischen Panzer-Spähwagen.

10.15 Uhr Friedrichshain

Ca. 2500 Demonstranten haben Schillingsbrücke in Richtung Westsektor überschritten.

10.15 Uhr Mitte

Wache Kolumbushaus meldet, daß Demonstranten die Scheiben des Kolumbushauses einwerfen, in das Haus eingedrungen sind u. vor der Wache stehen.

10.18 Uhr Mitte

VPR I versucht telefonische Verbindung mit Kolumbushaus. Dort wird der Hörer abgenommen und man hört Lärm im Hause und dann wieder aufgelegt.

10.20 Uhr Mitte

Im Magistratsgebäude Wallstr. 23+24 werden von Demonstranten die Scheiben eingeschlagen.

10.20 Uhr VPRat Sellentin meldet (VK)

Im Metallverarbeitenden Betrieb S i e l a f f ,Keibelstr. gegenüber dem PVP wurden Versammlungen beobachtet. 2 Radfahrer davon einer als Maurer erkenntlich, erschienen mit einigen Abständen und brachten vermutlich Losungen. Von diesem Augenblick an wurden die Arbeiten eingestellt.

10.25 Uhr Mitte

Die Menge versucht gewaltsam in das Gebäude Wallstr. 23/24 eizudringen. Die Menge ist ca. stark.

10.25 Uhr Abteilung BS meldet: daß in dem Inspetionsbereich Friedrichshain die Straßenbahnlienien 3 und 4 ohne Aufnahme von Fahrgästen in die Depots zurückfahren.

Strafvollzugsanstalt Barnimstr.

Vor der Anstalt ca. 6000 Personen, die durch Rufe um Freilassung der politischen Gefangenen und das Einsperren der General staatsanwältin Benjamin verlangen.

~~Abteilung VK meldet: Charlottenstr. Unter den Linden~~

10.30 Uhr Mitte

Die privaten Einzelhändler aus der Zentral-Markthalle verhindern die mit Lebensmittel beladenen Fahrzeuge der HO am Ausfahren.

10.35 Uhr Weissensee

Am Antonplatz versucht die dort angesammelte Menge in das FdGB Haus einzudringen.

...r Friedrichshain

KP 60 meldet, daß das Postenhäuschen in Brand gesetzt, VP.-Posten bedroht und ein AZKW-Angehöriger tätlich angegriffen wurde.

10.35 Uhr Mitte

Regierungsvermittlung meldet über Nr 01 Schläerei zwischen Demonstranten und FdJlern Friedrich- Ecke Behrenstr.

10.37 Uhr Mitte

Bundesvorstand FdGB W a r n k e, bittet um Verstärkung, da ca 1000 Personen versuchen mit Gewalt in das Gebäude einzudringen.

10.38 Uhr Mitte

Die Kontrollpunkte Dresdner und Prinzenstr. sind von den Demonstranten überrannt worden. Demonstrationszug geht in den Westsektor.

10.40 Uhr Prenzlauer Berg

ca. 5 bis 6000 Personen versuchen das Fortschrittwerk Greifswalderstr. zu stürmen.

10.40 Uhr B.-Kommando II meldet:

In Lichtenberg Hauptstr. bewegt sich 1 Demonstrationszug von ca. 1000 Personen in Richtung Stadt-Mitte. Zug besteht zu 80 Prozent aus Männern.

10.40 Uhr Mitte

KP 34 Brandenburger Tor meldet, daß gegenüber dem Brandenburger Tor Aufsteigen von Luftbalonen mit Hetzschriften festgestellt wird.

10.45 Uhr Mitte

VPR I erhilet Anruf der sowjetischen Botschaft Unter den Linden daß dort 3 VP.-Angehörige eingetroffen sind, die Angaben Kolumbus- daß weitere 4 VP.-Angehörige von Demonstranten in den Westsektor verschleppt wurden.

...15 Uhr Mitte meldet

Sämtliche Läden in der Brunnenstr. vom Rosenthaler Platz bis Invalidenstr. sind von den Demonstranten gezwungen worden zu schließen. Markthalle Ackerstr. hat ebenfalls geschlossen.

10.20 Uhr Mitte

Vor der Kreisleitung der SED Friedrichstr. Unter den Linden Große Schlägerei, es erweckt den Einschein, daß das Gebäude gestürmt wird.

10.55 Uhr Treptow

Demonstranten sind in den Vorwärtsverlag eingedrungen 1 BS Angehöriger wurde entwaffnet.

11.00 Uhr Mittec

KP 34 meldet Großer Demonstrationszug vom Potsdamer Platz durch Ebertstr. passiert Brandenburger Tor Richtung demokratischer Sektor.

11.15 Uhr **Lichtenberg**

Die Linien83 Mahlsdorf haben ihre Fahrgäste aus dem W verwiesen und fahren leer zum Depot.

~~Krafkx~~ Demonstrationszug bewegt sich am Kraftwerk Klingen vorbei und am Staatlichen Rundfunkkommitee.

11.17 Uhr **Mitte**

Revier 4 meldet, daß sich in der Müllerstr. (Westsektor) ein Demonstrationszug gebildet hat, und Richtung KP 26 Chausseestr. bewegt.

11.20 Uhr **Mitte**

KP 34 meldet 1 nach Tausender zählender Demonstrationszug passiert Brandenburger Tor Richtung Marx-Engels-Platz. Von Demonstranten wurde die rote Fahne vom Brandenburger Tor herunter geholt.

11.20 Uhr **Mitte**

Demonstrationszüge in unabsehbarer Zahl marschieren aus dem Westsektor über KP 26 Chausseestr. am WU Stadion vorbei in den demokratischen Sektor ein.

11.20 Uhr **Anruf von Angestellten des Ho.-Kaufhauses Alexnaderplatz**

Vor dem Haupteingang des HO.-Kaufhauses werden VP.-Angehörige von Demonstranten mit Schußwaffen bedroht und KFZ umgeworfen.

11.25 Uhr **Bewag teilt mit**

Auf Anordnung der Reichsbahndirektion Gen. Kramer, wurde der gesamte S-Bahnverkehr durch Abschalten des Stromes lahmgelegt.

11 30 Uhr **Mitte**

Belegschaft der medizinischen Gerätefabrik Chausseestr. schließt sich den Demonstranten aus dem Westsektor an.

Vor dem Haus des Stadtrates am Alexanderplatz wurde ein VP.-Kfz umgeworfen und die VP.-Angehörigen tätlich angegriffen.

Walter Ulbricht-Stadion wird die Schrift abgerissen und Mauern und Bänke des WU-Stadions zerstört.

11.32 Uhr **Prenzlauer Berg meldet**

Gegen 11.~~X~~Uhr marschierten ca. 2000 Personen durch die Prenzlauer Allee am ZK vorbei. Aus dem Zug heraus wurden die Fenster des Gebäudes mit Steinen eingeworfen. Weitere Vorkommnisse ereigneten sich nicht.

11.35 Uhr **Mitte**

KP 34 meldet sowjetische Panzer ~~kringen~~ biegen in die Wilhelmstr. ein und bleiben dort stehen.

11.40 Uhr **Friedrichshain**

2000 Demonstranten Stalinallee nach Strausberger Platz mit der Losung "wir fordern Preissenkung der HO, sonst kaufen wir am Bahnhof Zoo".

11.47 Uhr **Mitte**

VPR 4 meldet, Demonstrationszug am WU Stadion ca. 5000 Personen

) Uhr Mitte

Revier 4, Oberkomm. Arnold meldet, daß am Walter-Ulbricht-Stadion nur die Neon-Röhren-Anlage beschädigt bezw. zerstört wurden. Meldungen über weitere Zerstörungen sind unrichtig.

Über Ol wurde gemeldet, daß die Schule Friedrichstr. Ecke Oranienburger Tor durch Einschlagen der Fensterscheigen mittel Steinwürfen beschädigt wurde.

12.00 Uhr Friedrichshain

Einige Hundert Demonstranten ziehen zur Stalinallee.

12.00 Uhr Friedrichshain

1000 Demonstranten ziehen am VPR 85 vorbei und singen das Lied "Heil Dir mein Brandenburger Land".

12.00 Uhr Treptow

Im Revierbereich 232 wurde von amerikanischen Flugzeugen Flugblätter abgeworfen.

12.10 Uhr Friedrichshain

VEb-~~Kost~~havenmühle haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt und sich zu einer Betriebsversammlung zusammengetan.

12.15 Uhr Mitte

VPR 4 meldet, daß ca. 5000 Personen in die Schule Friedrich-Ecke Oranienburger Tor eingedrungen sind und versuchen Lehrer und Kinder zum Verlassen der Schule zu bewegen.

KP 26 meldet (Chausseestr.) , daß ein neuer großer Demonstrationszug aus dem Westsektor kommend die Grenze des demokratischen Sektors passiert hat.

12.20 Uhr Die Inspektionen Mitte, Friedrichshain, Pankow, Prenzl.Berg melden, daß seit ca. 30 Minuten der Ubahn-Verkehr lahm gelegt und die Eingänge verschlossen.

12.15 Uhr Mitte

VPR I meldet, Große Schlägerei Leipziger Ecke Friedrichstr.

12.25 Uhr Mitte

Demonstranten haben die verschlossenen Tore des BVG Gebäudes Liebknechtstr. Ecke Dirksenstr. gewaltsam geöffnet und dringen ein.

Rathausstr. wurde ein Pkw des MfS umgestürzt und geriet in Brand.

12.28 Uhr Mitte

Am Brandenburger Tor im Bereich des Westsektors Auffahrt eines Laukws, der die Bevökerung zu machtvollen Demonstrationen aufruhft.

KP 34 meldet, daß am Brendenburger Tor Schüsse aus Richtung Potsdamer Platz gehört werden.

12.25 Uhr Pankow

Es wird beobachtet, daß im VEB Bergmann Borsig sich ca. 2000 Belegschaftsangehörige zu einem Demonstrationszug versammeln.

12.30 Uhr Friedrichshain

VEB-Osthaven Mühle haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt und begeben sich zum größten Teil nach Hause bezw. zur Demonstration.

- 12 -

12.32 Uhr **Mitte**

Bei dem in der Rathausstr. umgestürzten Pkw handelt es ein Kfz mit dem Kennzeichen GB 009-783 roter BMW

Teile der Demonstrationszüge am Brandenburger Tor fließen in den Westsektor ab.

12.36 Uhr **Mitte**

Der am Brandenburger Tor ein esetzte Laukw. fordert vom Westsektor aus die in den Westsektor abfließenden Demonstranten auf, erneut in den dem demokratischen Sektor zu demonstrieren. Gleichzeitig wird aufgefordert, an einer Kundgebung auf dem Oranienplatz um 18.00 Uhr teilzunehmen.

12.36 Uhr Der am Brandenburger Tor eingesetzte Lautsprecherwagen im Westsektor hat das Kennzeichen KB 061-153.

12.40 Uhr **Mitte**

In den Verlag John Peet, Friedrichstr. Ecke Französischestr. drangen Demonstranten nach Demolieren der Türen gewaltsam ein, rissen Sicherungen heraus, so daß der Verlag nicht arbeiten kann. Gleichfalls wurde eine Fahne herabgerissen.

Vor den Gebäuden Friedrichstr. 167/168 nimmt die Menge eine drohende Haltung ein, da an beiden Häusern je eine rote Fahne heraushängt.

12.45 Uhr **Friedrichshain**

Die Werkzeugmaschinenfabrik hat die Arbeit niedergelegt und begibt sich mit zur Demonstration.

Mehrere Tausend Personen ziehen in Richtung Strausberger Platz durch die Stalinallee und führen Transparente mit der Aufschrift "wir fordern freie Wahlen" mit sich.

12.[illegible] Uhr **Mitte**

In der Wöhlertstr. 7 im FdJ-Heim versuchen Demonstranten einzudringen um zu demolieren.

12.55 Uhr **Friedrichshain**

Auf Anordnung der Direktion der SAG Kabel Neue Bahnhofstr. verlassen alle Betriebsangehörige das Werk. Es verbleibt nur Direktion und Parteileitung.

12.57 Uhr **Mitte**

BS- Walter Ulbricht Stadion meldet am VPR 4, daß ca. 150 bis 200 Demonstranten die Fensterscheiben der Unterkünfte und das Mobiliar zerstören.

13.02 Uhr **Friedrichshain**

KP Oberbaumbrücke werden Kraftfahrzeuge umgeworfen und Kfz unserer sowj. Freunde mit Steinen beworfen.

12.58 Uhr **Mitte**

Mauerstr. 92 Bauprojektierung fpr die gesamte DDR sind ca. 20 Rowdis eingedrungen und zerstören Pläne. Es wird dringend um VP.-Kräfte gebeten.

13.00 Uhr **Friedrichshain**

VEB Projektierung Auerstr. 28, wurde von 12 Banditen gestürmt, VPI. hat Schnellkommando und Funkwagen dort hinbeordert.

- Uhr Mitte

Demonstranten haben vor dem Hause der DIA Liebknechstr. 14, einen Pkw umgestürzt und versuchen das Gebäude zu stürmen.

Der BGL-Vorsitzende der Konsumbäckerei Mitte, Brunnenstr. hat die Belegschaftsmitglieder aufgefordert am 18.6.53 in den Generalstreik zu treten.

13.15 Uhr Prenzlauer Berg

Die Arbeiter der BVG Kniprodestr. haben um 12.45 Uhr die Arbeit niedergelegt.

13.15 Uhr Pankow

AKW-Baracke am KP 8 Wilhelmsruh, Kopenhagenerstr. wird demoliert.

13.20 Uhr Mitte

Owm. W a g n e r, Dienststelle: VPI-Treptow, gibt durch, daß der Hauswirt des Hauses Swinemünderstr. 10, in dem W. wohnhaft ist, die Gerüchte verbreitet, daß ab 12.00 Uhr der Generalstreik aufgerufen ist, Licht- und Wasserversorgung nicht mehr funktioniert, daß die Leipzigerstr. mit unzähligen Mensch besetzt ist und von seiten der Sowjets geschossen wird.

13.25 Uhr Friedrichshain

Es haben verschiedene Personen der Bauleitung des Blockes E-Nord Briefe erhalten, in welchen steht "Eure Tage sind gezählt" wir werden Euch heute Abend holen."

13.30 Uhr Mitte

Zum Walter-Ulbricht-Stadion besteht keine telefonische Verbindung mehr, es wird vermutet, daß der WS das WU-Stadion verlassen hat.

13.30 Uhr Mitte

Vom Dache des Hauses Unter den Linden 13 (IG-Metall) werfen Rowdys Steine auf die Straße.

13.35 Uhr Mitte

In dem Verlag "Tribüne" sind ca. 15 bis 20 Personen eingedrungen demolieren die Einrichtung und versuchen die Belegschaft zum Streik aufzufordern.

Vom Gebäude der VPI.-Mitte aus werden Schüsse wahrgenommen.

13.40 Uhr Mitte

Am Potsdamer Platz wurde ein VP.-Angehöriger angegriffen und seiner Waffe entraubt. SED-Genossen konnten die Waffe sicherstellen. Dieselbe befindet sich zur Abholung in der DIA-Maschinen-Export.

13.35 Uhr Mitte

ca 300 Personen sind in den Verlag Tribüne Chausseestr. 4 eingdrungen.

13.36 Uhr Lichtenberg

Die Straßenbrücke am S-Bahnhof Lichtenberg nach Auswechselung eines Balkens am Fußgängerweg wieder passierbar.

13.45 Uhr Pankow

am KP 2 Klein-Bahnhof Blankenfelde sind an der Sektoren 8 Stummpolizisten ausgezogen.

13.50 Uhr Mitte

Am Museum für Deutsche Geschichte wurde ein Holzkreuz aufgestellt, an deren Stelle eine Person überfahren worden sein soll von den Sowjets ermordet. Es wird gebeten, dieses Holzkreuz wieder zu entfernen.

13.55 Uhr Mitte

Im Verlag der Nationen Magazinstr. haben die Betriebsangehörigen den Betrieb verlassen.

Köpenickerstr. 1 Zug ca. 200 Personen marschiert in Richtung Wallstr.

Am Babylon schlagen ca. 40 bis 50 Personen auf Menschen, die Abzeichen tragen , ein.

Rathaus, Ecke Jüdenstr. befindet sich ein Fahrzeug-Wrack

Am Brandenburger Tor haben Jugendliche die rote Fahne auf Halbmast gesetzt.

Von Rowdys wird das III. Tor des Vp.-Krankenhauses gestürmt und die Fenster mit Steinen eingeschlagen.

Von Rowdys wird das Berolinahaus gestürmt.

14.10 Uhr Friedrichshain

Ein Funkwagen wurde von einer Zivilperson benachrichtigt, daß um 19.00 Uhr auf dem Oranienplatz eine hohe Persönlichkeit spricht. Auch Waffen werden ausgegeben.

14.15 Uhr Mitte

Magistrat Berolinahaus, Kreisleitung der SED Friedrichstr., Verlag Tribüne, Chausseestr. bitten um sofortige Hilfe.

14.20 Uhr Mitte

Der Vorsitzende der Konsumbäckerei heißt Theodor Bölhöf, Brunnenstr Nr. 27,
Der Hauswirt des Hauses Swinemünderstr. 10 heißt: D i e h r.

14.20 Uhr Mitte

In der Schwedter, Swinemünder- und Wollinerstr. sind die Straßensperren bezw. werden abgeräumt.

14.30 Uhr Die AKW-Häuschen in der Schwedter und Oderbergerstr. sind umgeworfen und demoliert worden.

Schwedter- Ecke Bernauerstr. ist ein Bild von Wilhelm-Pieck an einem Laternenpfahl aufgehängt worden. (Westsektor)

AKW-Häuschen am KP 59 ist in Brand gesetzt worden.
Sporthaus im Walter Ulbricht-Stadion wird gestürmt. Es wird dringend um Hilfe gebeten.

14.30 Uhr Mitte

Scheiben werden Berolinahaus Alexanderplatz eingeschlagen, Menschenmenge in das Berolinahaus eingedrungen, zerstören die Inneneinrichtung besonders im Informationsbüro.

Revier 4 meldet Rowdys haben auf dem Hof des Verlags Tribüne Feuer auf dem Hof angelegt, daß sich eventuell auf das ganze Gebäude ausdehnen könnte. Die Rowdys werfen aus den Fenstern des Verlagsgebäudes die Akten aus den Fenstern in das auf dem

Hof angemachte Feuer 15

, Uhr Mitte

BS Museum für Deutsche Geschichte meldet, daß auf der Marx-Engelsbrücke 1 Pkw in Brand gesetzt wurde.

14.32 Uhr B.-Kommando II meldet

Auf dem Brandenburger Tor wurde die Schwarz-rot-goldene Fahne gehisst. Unter dem Brandenburger Tor befinden sich ca. 2- 3000 Menschen. Sowjetische Streikräfte gehen vor und haben das Feuer eröffnet.

14.35 Uhr Pankow

Vom Stützpunkt II 5 bis 700 Personen und vom Stützpunkt III ca. 600 Personen bewegen sich in Richtung Stadt-Mitte. An den Stützpunkten Stumm-und Bereitschaftspolizei aufgefahren.

14.40 Uhr Prenzlauer Berg

An der Dimitroff- Ecke Schönhauser Allee ca. 1000 Demonstranten, die xxxx versuchen das Defa-Kino zu stürmen.

5 bis 600 Demonstranten Sportplatz Ludwig-Jahn eingedrungen. BS-Wache hat sich abgesetzt.

14.40 Uhr Friedrichshain

Oberbaumbrücke werden alle Fahrzeuge in den Westsektor herübergeschoben.

14.42 Uhr VPRevier I meldet Sowjetische Kräfte und VP.-räumen Straße Unter den Linden vom Brandenburger Tor bis Max-Engelsplatz Schußwaffengebrauch seitens der Streitkräfte und VP.

14.43 Uhr B.-Kommando I

Aus dem Gelände des Hauses der Kultur Rauchschwaden sichtbar, vermutliches Feuer im Haus der Kultur.

14.45 Uhr ~~xxxx Friedrichshain~~ Prenzlauer Berg

Bei dem VEB Elfe Kastanienallee, werden die Belegschaftsmitglieder aufgefordert, zu streiken und an der Demonstration teilzunehmen.

14.45 Uhr Friedrichshain

Oberbaumbrücke KP 61 Lage wird unhaltbar. Banditen überfallen Passanten und Kfz und schleppen die Kfz in den Westsektor.

Friedrichshain
~~xxxxx~~ , Komm. Seefeld
Kreissekretär Genosse S c h ä f e r, erhielt einen telefonischen Anruf, daß die Post Vermittlungsstelle 53 (Fernamt) Palisadenstr. von der Menge gestürmt wird.

14.55 Uhr Mitte

BS Konsum Stresemannstr. 128, meldet Rowdys schlagen Fenster scheiben ein.
Bauprojektion Friedrich-Ecke Mauerstr. werfen Rowdys Möbel und Einrichtungsgegenstände auf den Hof und entzünden Feuer.

15.00 Uhr Prenzlauer Berg

Von dem Demonstrationszuges, der sich z.Zt. in der Nähe des Cantian-Sportplatzes befindet, werden die HO-Kioske demolier FDJ-Heim wurde in Brand gesetzt. Defa-Filmtheater wurde demoliert.

15.00 Uhr Mitte

Die Rauchsäulen am Hause der Kultur stammen von dem in ... gesetzten Wagen auf dem Marx-Engelsplatz.

150 Personen belagern der Hintereingang (Bretterzahn)der Universität und hindern die Studenten am Verlassen des Gebäudes.

Am Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut werden die Fensterscheiben zerschlagen.

15.15 Uhr Treptow

Genossen aus dem Westsektor meldeten der VPI.-Trptow gegen 15.15 Uhr, daß der stellvertr. Ministerpräsident Otto Nuschke vor dem Revier 109 Kreuzberg von Stupo aus dem Wagen heraus verhaftet werden soll.

Am KP Wiener Brücke werden Kfz in Westsektor geschoben und abgeschleppt durch Stupo-Kfz KB 002-157.

15.32 Uhr Mitte Mstr. Senior

BS der DHZ Rosenstr. 19, daß von ihnen beobachtet wird, daß, wenn unsere Freunde die Straße Unter den Linden abkämmen, von einem Holzturm in der Nähe des Domes,unbekannte Personen auf unsere Freunde schießen.

15.35 Uhr Post Tlegrafenbauamt Wedding meldet, daß das Projektierung. Schwermaschinenbau in der Mauerstr. durch Rowdys ausgeräumt wird.

15.40 Uhr Wapo Baumschulenweg

2 Akw-Schuppen am KP Gubbersenstr. wurden durch Randalierende Rowdys geplündert.

15.45 Uhr Toni 34 meldet:

ca. 400 Personen bewegen sich in Richtung Vom Venetaplatz in Richtung Stadt-Mitte.

15.50 Uhr Mitte

Demonstrationszug von ca. 2 bis 3000 Menschen bewegen sich vom Veteranenberg in Richtung Nordbahnhof.

15.55 Uhr B.-Kommando II

Am KP 52 und 59 sind große Menschenansammlungen, die vorhaben, den Poststützpunkt zu stürmen.

16.00 Uhr Mitte

In der HO-Verkaufsstelle Nord, Chausseestr. drangen Jugendliche mit Schlagringe und Gummiknüppel ausgerüstet ein, und forderten das Personal zum Verlassen der Verkaufsstelle auf, was auch geschah.

16.00 Uhr Mitte

Über 01 wird gemeldet, daß in der Liebknechtstr. 66 in der HO-Lebensmittelfiliale von der Menge gestürmt wird.

16.00 Uhr Prenzlauer Berg

Die Baracken der AKW an Böse- und Behmbrücke durch Demonstran in Brand gesetzt.

Mitte
Uhr Baracke des AZKW Brunnenstr. von Rowdys in Brand gesetzt. Das der Baracke gegenüberliegende HO.-Wirtschaftsrtikel wurde von Rowdys vollständig ausgeräumt.

16.15 Uhr Mitte
Oranienburgerstr.
Haupttelegrafenamt Lage ruhig, Arbeit wird fortgesetzt. Zur Sicherung für die Nacht werden an den Toren Schläuche ausgelegt.

16.20 Uhr Pankow
VP.-Oberrat Senger meldet: daß Zerstreuungen von Menschenansammlungen dem VP.-Owm. Langbein der Dienstausweis von Rodwys gestohlen wurde.

16.30 Uhr Vertrauliche Mitteilung an VPI.-Mitte, daß gegen 18.00 Uhr der Kaiser am Moritzplatz auf einer Kundgebung sprechen wird.

16.30 Uhr Pankow
Demonstrationszug aus der DDR ca. 200 Personen, die eine Schwarz-rot-goldene Fahne mit sich führen haben Blankenfelde Richtung Stadtinnere passiert. Pankow wurde auf die Bestimmungen betr. Aufnahmebestimmungen hingewiesen.

16.40 Uhr Pankow

größere Zahl politischer Flüchtlinge rücken mit Latten bewaffnet in den Ortsteil Wilhelmsruh ein und demolieren Geschäfte. Lageoffizier PdVP gibt Anweisung durch Schußwaffengebrauch Lage bereinigen.

17.08 Uhr Mitte

150 randalierende Personen entfernen in der Hannoverschenstr. Transparente und werfen Fensterscheiben ein.

17.42 Uhr Mitte

Bundesvorstand FDGB teilt mit, dass in der Fritz-Heckert-Str. sich einige 100 Menschen vor den Häusern bewegen.

17.47 Uhr Mitte

Konsum-Kioske und AZKW-Baracke am Walter-Ulbricht-Stadion brennen.

Zur Zeit findet vermutlich Oranien-Platz eine Versammlung mit grösseren Menschenmengen statt.

18.28 Uhr Prenzl. Berg

Am KP 17 Eberswalder Str. ist der VP-Rat Fritsch sowie weitere 3 Angehörige des B-Kdo. in den Westsektor gezerrt worden.

18.51 Uhr Mitte

KP 26 Brunnenstr.:Demonstranten vom Westsektor bewaffnet, VP-Angehörige angegriffen. Feuer von VP erwidert. 1 VP-Angehöriger verletzt.

18.55 Uhr Pankow

Der Held der Arbeit G a r b e hat dem VPR 283 mitgeteilt, dass in den heutigen Abendstunden die Intelligenzsiedlung sowie das Schloss in Pankow gestürmt werden soll.

19.27 Uhr Prenzl.Berg

Auf Anordnung Inspektionsleiter wurden die Posten 14, 16, 17 eingezogen. 17 hatte Abgang VP-Rat Fritsch und 6 weitere Genossen, die in den Westsektor verschleppt wurden.

19.37 Uhr B-Kdo. I, VP-Owm. Pochmann:

Über den KP Prinzenstr./Dresdenerstr. drängen ca. 2-3000 Personen in den demokratischen Sektor.

19.50 Uhr Friedrichshain

KP 61: 1 BMW-Krad, besetzt mit 2 Personen, war verschmutztes Kennzeichenschild. Die Person auf dem Sozius trug einen rotbraunen Rucksack, in dem sich vermutlich ein Sender befindet. Krad fuhr in sehr schnellem Tempo, in Richtung Ost-Bahnhof.

20.10 Uhr Betr.: Meldung über verletzte und vermisste VP-Angehörige bis zu nebenstehendem Zeitpunkt:

Treptow:	F e h l a n z e i g e
Lichtenberg:	"
Weissensee:	"
Friedrichshain:	"
Köpenick:	"
Prenzl. Berg:	4 Leichtverletzte
Mitte:	4 Vermisste
B-Kdo. I:	6 Vermisste
	6 Schwerverletzte
B-Kdo. II:	10 Verletzte
Pankow:	Fehlanzeige
VP-Krankenhaus:	19 Aufnahmen, davon 2 schussverletzte VP-Angehörige,
	40 Durchgänge, davon ca. 85% VP-Angehörige.

20.20 Uhr Friedrichshain:

Op.-Stab meldet, dass die 21 VE-Betriebe mit insgesamt 288 BS-Kräften und 276 Hilfskräften der Partei gesichert sind.

20.30 Uhr Angehöriger des Hauses meldet:

Nach Aussagen eines Zivilisten sind in der Schwedterstr. gegen 19.30 Uhr 2 VP-Angehörige über die Sektorengrenze gezerrt worden. Es handelt sich um VP-Offiziere.

20.35 Uhr Treptow:

Gegen 20.10 Uhr am KP Lehrbauhof Alt-Glienicke Schusswaffengebrauch wegen Personenübergang über die Sektorengrenze. Vermutlich keine Verletzten.

21.00 Uhr Treptow:

Am KP 17 Elsenstr. steht ein grösserer Demonstrationszug, der mit Steinen bewaffnet ist. Der Zug steht im Westsektor.

Dokument 6:

Analyse des FDGB-Bezirksvorstandes Groß-Berlin zu den Ereignissen vom 15. bis 18. Juni 1953 (14.7.1953)
Quelle: Landesarchiv Berlin, C Rep. 910, Nr. 1430

Die vorliegende Analyse des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Obwohl der FDGB als vermeintlicher Interessenvertreter der Arbeiter die Normerhöhung noch am 16. Juni 1953 vehement verteidigt hatte, kam er nur einen Monat später zu dem Schluss, dass genau jene Erhöhung Ausgangspunkt der Streiks und Demonstrationen gewesen sei. Diese Interpretation sollte nur kurze Zeit Bestand haben, denn mit der bedingungslosen Übernahme der Vorgaben der SED-Führung galt der Volksaufstand auch für die Gewerkschaften bald als „faschistischer Putsch".
Im folgenden Dokument jedoch finden sich – trotz der allgegenwärtigen Präsenz des „Klassengegners" – durchaus noch Anklänge von differenzierter Bestandsaufnahme und rationaler Ursachenforschung. So ist explizit festgehalten, dass die Streiks bereits am 16. Juni mit wenigen Ausnahmen die gesamte Bauindustrie erfasst hatten, sich noch in der Nacht zum 17. Juni auf weite Bereiche der industriellen Produktion ausweiteten und letztlich auch das Dienstleistungsgewerbe sowie die wenigen Ost-Berliner Betriebe der Land- und Forstwirtschaft erreichten. Damit waren die Bauarbeiter zwar Ausgangspunkt des Aufstandes, seine soziale Basis aber war sehr viel breiter. Dies spiegelt sich auch in den Forderungen der Demonstranten wider, die hier explizit benannt werden und sich keineswegs auf die Rücknahme der Normerhöhung beschränken.
Besondere Beachtung verdienen diejenigen Textpassagen, die vermeintliche Randerscheinungen betreffen, jedoch interessante Zusatzinformationen zum überlieferten Bild des Aufstandes liefern: etwa die Rolle der Frauen und Jugendlichen, die „gehobene Stimmung" der Demonstranten und deren Reaktion auf die Verhängung des Ausnahmezustandes. All diese Punkte zeigen in aller Klarheit die Hoffnungen, die sich mit dem Protest verbanden, sowie die ideologisch bedingte Realitätsferne, mit der er in der DDR beurteilt wurde.

FDGB Bezirksvorstand Groß-Berlin
Org.-Instrukteur-Abteilung.

Berlin, den 14.7.53. Ko/Schbr.

Analyse

zu den Ereignissen vom 15. bis 18.6.53.

I. Wo begann die Arbeitsniederlegung?

Bereits am 12. und 13.6.53 zeigte sich auf den Baustellen C-Süd und Schule Rüdersdorfer Straße große Unzufriedenheit über die Frage der Normenerhöhung, die zu längeren Diskussionen während der Arbeitszeit führte und in der Forderung mündete, Versammlungen einzuberufen, um dazu Stellung nehmen zu können.

Auf der am Sonnabend, dem 13.6. organisierten Dampferfahrt der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain, VEB Industriebau, die mit zwei Dampfern und ca. 5oo bis 6oo Personen durchgeführt wurde, ist das vom Klassengegner organisierte Vorgehen festgelegt worden. So sagte der Brigadier Blum von der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain bereits am Freitag, dem 12.6.: "Am Montag stehen wir still", und auf der Dampferfahrt erklärte der Brigadier Melzdorf im angetrunkenen Zustand: "Am Montag wird gestreikt".

Der Ausgangspunkt der Arbeitsniederlegung am Montag, dem 15.6. war die Baustelle Krankenhaus Friedrichshain. Hier wurde um 9 Uhr vom BGL-Vorsitzenden Fettling eine Belegschaftsversammlung einberufen, zu der der Kreissekretär des Kreisvorstandes Friedrichshain und d: Betriebsleitung eingeladen wurden. Die Versammlung fo:

derte vom Betriebsleiter und dem Kreissekretär der IG Bau-Holz eine sofortige Rückgängigmachung des Ministerratsbeschlusses über die zehnprozentige Normenerhöhu

Von den Versammlungsteilnehmern wurde gefordert, daß die Arbeit niedergelegt und nicht eher aufgenommen würde, bis der Belegschaft eine entsprechende Zusicherung gegeben würde.

Bereits auf dieser Versammlung waren viele Delegationen von Baustellen-Fremden anwesend, die nach Schluß der Versammlung die Verbindung zu anderen Baustellen des VEB Industriebau aufnahmen.

Zwischen den Brigadieren, den Mitgliedern der BGL, der Betriebsleitung und den Vertretern der IG Bau-Holz fand im Anschluß an die Versammlung eine Besprechung statt, in der die Kollegen des Betriebes jegliche sachliche Aussprache ablehnten und vom Kreissekretär der IG Bau-Holz forderten, daß er das Protestschreiben an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik formulieren und mit unterzeichnen solle. Diese Forderung wurd vom Kreissekretär der IG Bau-Holz abgelehnt, woraufhin die BGL das Schreiben selbst diktierte.

Zwei Vertreter der Kreisleitung Friedrichshain der SED, die während des Diktats erschienen, formulierten dieses Schreiben neu. Die Abschrift dieses Protestschreibens wurde durch Delegationen sofort auf andere Baustellen ge bracht und damit die im Krankenhaus Friedrichshain entstandene Forderung allen anderen Baustellen zur Kenntnis gebracht. Unter der Führung des BGL-Vorsitzenden Fettling überbrachte eine Delegation diese Forderung der Regierung.

-3-

In ähnlicher Form wurde auf Grund der Absprache bei der Dampferfahrt auf Block 4o, auf der Baustelle Wohnhaus EAW J.W.Stalin und Volksbau Treptow die Arbeitsniederlegung an diesem Tage organisiert.

Am Dienstag, dem 16.6. wurde unter der Losung, die Bauarbeiter des Krankenhauses Friedrichshain seien von der Volkspolizei eingeschlossen, die Baustelle VP-Inspektion Friedrichshain zu einem Demonstrationszug zusammengefaßt, an dem sich die BGL unter der Führung des freigestellten Vorsitzenden, Koll. Wahl, beteiligte.
Mit der Losung: "Wir fordern Normensenkung" zog der Demonstrationszug über die Baustelle Block 4o, wo der größte Teil der Belegschaft mitgenommen wurde, zur Baustelle Krankenhaus Friedrichshain.
Von hier aus formierte sich der Gesamtzug zur Stalinallee und begann unter der Aufforderung, Solidarität zu üben und teilweise unter Anwendung von Gewalt, die übrigen Baustellen zur Arbeitsniederlegung und zur Teilnahme an der Demonstration zu bewegen.

In den Mittagsstunden des 16.6. hatte sich die Arbeitsniederlegung auf die gesamte Bauindustrie ausgedehnt mit Ausnahme folgender Baustellen:

G-Süd - 85% der Belegschaft arbeiteten weiter- ;
VEB Stahlbau -Niesky,
Schwerbetonwerk Strausberger Platz
blieben geschlossen auf ihren Baustellen.

Von den Baustellen Hochhäuser, Baustellen des VEB Ausbau

beteiligten sich rund 5o% der Belegschaft an der Demonstration.

In der Nacht vom 16. zum 17.6. erfolgte die Ausweitun der Arbeitsniederlegung auf die Betriebe der IG Meta und der IG Textil-Bekleidung-Leder.
Ausgangspunkt der Arbeitsniederlegung in der IG Metal war bereits in der Nachtschicht der VEB Wälzlager, wo seit 24,oo Uhr die Arbeit ruhte. Dort wurde um 24,oo Uhr der Hauptschalter des Werkes beschädigt und unter Ausnutzung der Dunkelheit wurden Transparente und Losungen in den einzelnen Abteilungen heruntergerissen.
Nachdem der Schaden behoben wurde, wurde die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Die Kollegen diskutierten über die Vorgänge am 16.6. und erklärten sich solidarisch mit den Bauarbeitern.
Die Tagschicht, die um 6,oo Uhr die Arbeit aufnehmen wollte, wurde auf Grund der Diskussionen vor dem Betrieb daran gehindert und der Demonstrationszug formierte sich und zog um 7,3o Uhr die Rittergutstraß hinab und veranlaßte dabei die Belegschaften der VE-Betriebe Signalbau und Tuben und Blechpackungen zu Arbeitsniederlegung.

In den Nachmittagsstunden des 16.6. begannen im Fortschrittwerk I die Diskussionen über die Arbeitsniederlegung, die von den Büglern des Werkes ausgingen.
Gegen 19,3o Uhr legte die Spätschicht die Arbeit nieder und verließ gegen 21,oo Uhr das Werk. Ein Teil

der Demonstranten zog zum Werk II und holte hier die Belegschaft zur Demonstration ab.

Das gleiche spielte sich in der Spätschicht des Wäschewerkes Immanuelkirchstraße ab.

In den Morgenstunden des 17.6. breitete sich die Bewegung in der Hauptsache auf die VEB der Industriezweige

Metall, Textil-Bekleidung-Leder und Chemie

weiter aus.

In den anderen Industriezweigen kam es **nicht** in allen Betrieben zu Arbeitsniederlegungen.

Bei der Gewerkschaft Handel legten in der Hauptsache folgende Betriebe die Arbeit nieder:

DHZ Kohle,
VHZ Schrott,
VEAB Häuteverwertung,Lichtenberg, stundenweise
HO-Möbellager Eldenaer Straße,
KG-Möbellager Köpenick,
DHZ Metallurgie, Lager Weißensee.

Bei der Gew.Land und Forst erfolgte die Arbeitsniederlegung im VEG Baumschulenweg,(50%) VEG Baumschulenweg VEG Heinersdorf u. VEG Wn. (50%.

bei der IG Nahrung und Genuß in den Betrieben:

VEB Kathreiner,
Treuhandbetrieb Küßner,
VEB Schultheiß-Leninallee,
VEB Hartfettwerk;

bei Druck und Papier:

Nationales Druckhaus,
Silesia,
Götz & Müller;

in 5 weiteren Betrieben dieser IG kam es zur teilweisen Arbeitsniederlegung.

Bei der IG Transport legten folgende Betriebe die Arbeit nieder:

V W R ,
Deutscher Kraftverkehr,
Behala-Osthafen,
ARW-Lichtenberg,
OLW-Treptow,
Berliner Kraftverkehr.

Ein großer Teil der übrigen Betriebe der IG Transport mußte auf Grund der Behinderungen und Bedrohungen die Arbeit einstellen oder wurde von den Verwaltungen aus der Arbeit zurückgezogen.

Bei der IG Eisenbahn kam es zu Arbeitsniederlegungen
im RAW Berlin,
RAW Schöneweide und
bei den Bauzügen.

(??) In zwei kleineren Berliner Post- und Fernmeldebetriebe wurde ebenfalls die Arbeit niedergelegt.

Gewerkschaft VBV: Arbeitsniederlegung in den Betrieben

Abgabenverwaltung Friedrichshain,
Sparkasse Weißensee, Antonplatz,
Berliner Volkseigene Wohnungsverwaltung Friedrichshain (teilweise) und
Stadtkontor Lichtenberg (teilweise).

Obwohl es bei der Ng. Eisenbahn und Post nur zu wenigen Arbeitsniederlegungen kam, ist das in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß der „alte Beamtengeist" noch vorherrscht.

II.

Welche Forderungen wurden in den Betrieben erhoben und unter welchen Losungen wurden die Streiks durchgeführt?

Der Anknüpfungspunkt war in den Betrieben immer wieder die Normenfrage, da die Kollegen die Beseitigung der 10prozentigen Normenerhöhung forderten. Z.B. beschwerten sich die Zimmerer vom Hochhaus Strausberger Platz darüber, daß für das Anschlagen von Lignolithplatten ~~gipsgebunden Gips~~ durch Zement gebunden die gleiche Norm maßgeblich ist wie für ~~Gips~~ Lignolithplatte durch Gips gebunden und sie ihre hundertprozentige Normenerfüllung nicht erreichen können, da bei 80% der vorkommenden Arbeiten ~~Gipsplatten~~ gebundene Platten verwendet werden, die sehr brüchig sind. Trotz mehrfacher Forderung nach Korrigierung bei Werkleitung, Normenbearbeiter und Magistrat wurde keine Änderung erreicht.

Diese Erscheinungen zeigten sich nicht nur in den Baubetrieben, sondern auch in den übrigen.

Im KWO setzte die Betriebsleitung die Normenerhöhung generell fest, ohne vorher mit den Kollegen darüber zu diskutieren. Einem Kollegen, der aus dem Urlaub zurückkehrte, wurde der Lohn um 10% gekürzt, obwohl er nicht im Leistungslohn arbeitet.

Diese Stimmung machte es den Provokateuren möglich, die Belegschaftsmitglieder zu Demonstrationen zu organisieren und ihre Losungen in die Demonstration

hineinzutragen. In vielen Betriebenfand auf Grund der Unzufriedenheit die Forderung nach Solidarität mit den Bauarbeitern Widerhall und führte dazu, daß auch teilweise Betriebe sich der Demonstration anschlossen, ohne eigene Forderungen aufgestellt zu haben. Durch die im Demonstrationszug befindlichen Provokateure wurde die Stimmung ausgenutzt. Das führte dazu, daß beim Anwachsen der Demonstration immer mehr regierungsfeindliche Losungen zum Ausdruck kamen, wie z.B.:

"Nieder mit der Hunger-Regierung"

"Wir haben keinen Stalin, wir brauchen auch keinen Ulbricht mehr"

"Wir Bauarbeiter sind keine Sklaven, wir fordern ein freies Berlin"

"Wir brauchen keine Volksarmee", gebt uns mehr Butter

"Senkung der HO-Preise um 40%"

"Freie Wahlen"

"Auflösung des FDGB-Apparates"

"Keine Bestrafung der Streikenden".

Kennzeichnend für die Stimmung der Demonstranten ist, daß sie sich in kleineren Gruppen ruhiger verhielten, während bei Auftreten größerer Menschenmengen eine äußerst aggressive Haltung zum Ausdruck kam, die dazu führte, daß Ausschreitungen gegen Volkspolizei und Plünderungen vorgenommen wurden.

Sehr oft wurde gesagt, daß jetzt die Macht von Partei und Regierung vorbei ist und andere Verhältnisse kommen

werden. Volkspolizisten wurde geraten, ihre Dienstbekleidung auszuziehen, Parteigenossen, das Parteiabzeichen abzumachen bezw. ~~wurde~~ abgerissen.

Es
~~Hierbei~~ muß bemerkt werden, daß bei den Arbeitsniederlegungen der Betriebe im allgemeinen nur der kleinere Teil der Belegschaftsangehörigen demonstrierte, während die übrigen sich nach Hause begaben.
In den Demonstrationen war der aggressivste Teil die Jugendlichen und eine große Anzahl Frauen, die besonder stark die Demonstrierenden zu Ausschreitungen und Provokationen aufforderten und aufhetzten.

In vielen Fällen wurden die Betriebe durch vorbeiziehende Demonstranten zu Arbeitsniederlegungen gezwungen.

Trotz strömenden Regens konnte man beobachten, daß die Demonstranten in sehr gehobener Stimmung ihre Parolen zum Ausdruck brachten und nur der geringere Teil, beeindruckt durch den Regen, die Demonstration verließ. Ein Teil der Demonstranten verließ die Demonstration, als er den Beginn der Provokationen feststellte.

Als der Ausnahmezustand über Berlin verhängt wurde, verstanden viele Arbeiter nicht die Notwendigkeit dieser Maßnahme, was in solchen Meinungen zum Ausdruck kam, wie: "Das ist eine deutsche Angelegenheit, was wollen die Russen hier?" - "Es brauchen ja nicht gleich Panzer und Geschütze aufzufahren" - "Soweit muß es nun erst kommen".-

Erst nach einigen Tagen sah der größte Teil der Arbeiter ein, daß nur das Eingreifen der Sowjetarmee ein weiteres Blutvergießen und einen dritten Weltkrieg verhindert hat. So sagten die Kollegen des RAW Schöneweide, daß sie sich darüber im klaren seien, daß wir der Sowjetarmee die Verhinderung des dritten Weltkrieges zu verdanken haben.

Angestellte des Postamtes N 4 äusserten beim Abzug der Sturmgeschütze vom Nordbahnhof: Es wäre gut, wenn sie noch einige Wochen hierbleiben würden, damit den Rotznasen von Westberlin die Lust vergeht, sich hier einzumengen.

Dokument 7:

SED-Bezirksleitung Groß-Berlin, Arbeitsbüro Westberlin, 21. Juli 1953: Die faschistischen Provokationen am 17. Juni und ihre Auswirkungen auf Westberlin (Auszüge).
Quelle: Landesarchiv Berlin, Bestand SED-Bezirksleitung Berlin, BPA IV/2/3/177

In diesem Dokument vermischen sich in kaum zu übertreffendem Maße ideologische Wunschvorstellungen der Partei mit den realen Gegebenheiten. Nur einen Monat, nachdem im eigenen Herrschaftsgebiet Hunderttausende für den Sturz der Regierung auf die Straße gegangen waren, werden vereinzelte Arbeitsniederlegungen in West-Berlin als Ausdruck immer höherer Formen des Widerstandes gegen die westliche „Frontstadtpolitik“ und die damit einhergehende, ständig wachsende Not der Bevölkerung gefeiert. Über die Ursachen des Volksaufstandes im Ostteil der Stadt bestehen für die Verfasser ebenso wenig Zweifel: West-Berliner Agentenzentralen hätten im Vorfeld des 17. Juni Republikflucht und Verleumdungskampagnen organisiert, Hetze und Lügen über die DDR vehement ausgedehnt und entsandte Banditen dann den Ausbruch des „faschistischen Putsches“ inszeniert.
Doch trotz dieser „Inszenierung“ des Aufstandes und trotz der „verzweifelten Lage“ der Bevölkerung West-Berlins ist dem Dokument in aller Deutlichkeit zu entnehmen, dass die SED und ihre Politik im Westteil der Stadt auf ebenso breite wie bestimmte Ablehnung stießen. Auch dies wird wiederum auf Agenten und Provokateure zurückgeführt, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bestrebungen der SED, ihre Einflusssphäre auszubauen, spätestens nach dem 17. Juni endgültig gescheitert waren. Dies dürfte der „Partei der Arbeiterklasse“ vor allem durch den im Dokument festgehaltenen Befund klar geworden sein: „Das größte Unverständnis gegenüber der Politik unserer Partei ist unter den Arbeitern zu verzeichnen.“

SED Bezirksleitung Gross-Berlin Tgb.-Nr. 21/53
Arbeitsbüro-Westberlin Berlin, den 21. Juli 1953.
13 Exemplar je 25 Blatt
1 1. Exemplar je 25 Blatt

Die faschistische Provokation am 17. Juni 1953 und ihre Auswirkungen auf Westberlin.

Der neue Kurs unserer Partei blieb auch nicht ohne Auswirkung auf die Stimmung der Bevölkerung von Westberlin.

Nach der Veröffentlichung des Kommuniqués unserer Partei gab es auch starke Diskussionen in Westberlin über die Bereitschaft unserer Partei und unserer Regierung unbedingt den Weg zur Verständigung über die Frage der Einheit Deutschlands in die Wege zu leiten. Jedoch waren diese Diskussionen von der Argumentation des Gegners stark beeinflusst. Die Politik der Partei wurde und wird von den breiten Massen nicht verstanden, sie stand in ihrer Mehrheit der Sozialistischen Einheitspartei ablehnend und z.T. feindlich gegenüber.

Massnahmen der Partei und Regierung wurden entsprechend der Argumentation des Gegners als ein Rückzug in unserer bisherigen Politik betrachtet. Ein grosser Teil der Bevölkerung sah in erster Linie seine individuellen Interessen, wie die Möglichkeit des Einkaufs im dem.Sektor, die Rückgabe der Grundstücke, der devastierten Betriebe usw.

In den Diskussionen besonders mit den Werktätigen Schichten der Bevölkerung stand die Frage des Lebensstandard nach wie vor im Mittelpunkt der Aussprachen. Die Qualität und das grosse Angebot der Waren des täglichen Bedarfs in Westberlin blieb nicht ohne Auswirkung auf das Denken der Menschen in Westberlin, aber besonders auch auf die Bevölkerung des demokratischen Sektors von Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik, die im grossen Ausmass in der letzten Zeit in den berliner Westsektoren ihre Einkäufe tätigten.

Das Kommuniqué unserer Partei und die damit im Zusammenhang stehen den Probleme der Verbesserung des Lebensstandards im demokratischer Sektor von Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik war natürlich ein Strich durch die Rechnung der Kriegstreiber und drohte in der Perspektive ihre Pläne über den Haufen zu werfen. Aus diesem Grunde entschloss er sich die bestehende Unzufriedenheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik für die Auslösung des Tages X auszunützen.

Ein weiterer Anlass zur Auslösung der Provokationen war jene Tatsache, dass aufgrund der wachsenden Verschlechterung der Lebenslage der Bevölkerung Westberlins und der damit im Zusammenhang wachsende Widerstand der Werktätigen gegen die Auswirkung der Frontstadtpolitik in den letzten 4 Wochen und Monaten immer stärker wurde.

Die Kämpfe der westberliner Arbeiter nahmen in den letzten Monaten immer höhere organisiertere Form an. Aufgrund des Druckes der Arbeiter sahen sich die Unternehmer gezwungen bestimmte Lohnforderungen der Arbeiter zu erfüllen. In der letzten Zeit gelang es den Unternehmern und rechten DGB-Führern immer weniger mit Hilfe der Antisowjethetze und der Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und unserer Partei die Arbeiter vom Kampf um ihre berechtigten Lohnforderungen abzuhalten. Die Parole, "wenn Ihr streikt, dann helft Ihr den Russen," zog in der letzten Zeit nicht mehr.

Dort, wo unsere Partei offen in Flugblättern und in Diskussionen die berechtigten Interessen und Forderungen der Arbeiter vertrat und den Weg für einen erfolgreichen Kampf aufzeigte, gab es keine feindselige Haltung von seiten der Arbeiter gegen unsere Partei.

Die streikenden Putzer in Westberlin begrüssten während ihres vier wöchentlichen Streiks die Unterstützung ihres Kampfes in unserer demokratischen Presse und im Rundfunk.

Im Kampf gegen die faschistische Gefahr, insbesondere gegen die faschistische Partei, gelang es in der letzten Zeit unserer Partei immer mehr in Verbindung mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern die Öffentlichkeit gegen die Deutsche Partei zu mobilisieren.

Der Höhepunkt dieses Kampfes waren die Proteste der Werktätigen gegen die faschistische Kundgebung vor dem Titania-Palast am 15.3.53. Viele sozialdemokratische Genossen verlangten von ihrer Parteiführung wirksame Massnahmen gegen die Deutsche Partei und das Verbot ihrer Versammlungen. Im Kampf gegen die Deutsche Partei in Westberlin kam es zum ersten Mal zu gemeinsamen Aktionen mit einem Teil der sozialdemokratischen Genossen.

Der westberliner Senat sah sich gezwungen, nach der Verhinderung der Kundgebung der Deutschen Partei im Februar dieses Jahres, in einer Sitzung zu den Umtrieben der Deutschen Partei Stellung zu nehmen.

Unter dem Druck der Mitglieder der SPD erklärte Franz Neumann auf dem 10. Landesparteitag am 2. Mai 1953 in Berlin-Britz

> "In Bonn machen sich die alten Nazis wieder breit. Auch in Berlin hat diese gefährliche Tendenz Raum ergriffen. Es sei jetzt so weit, dass eine Gefährdung der Demokratie bereits vorhanden sei. Man ist in Berlin nicht mehr weit von den Zuständen wie 1933 entfernt."

Der Widerstand der westberliner Bevölkerung gegen die geplante Brotpreiserhöhung war ein voller Erfolg gegen die Frontstadtpolitik. Unter dem Druck der Massen musste die Brotsubventionierung im Gegensatz zu Westdeutschland beibehalten werden. Auch der Stromstreik der westberliner Kleingewerbetreibenden vor einigen Monaten war eine Form des Kampfes gegen die Frontstadtpolitik des Reutersenats. Die Kleingärtner auf dem Schönsberger Südgelände und in der Kolonie Schillerhöhe im Wedding gaben in ihrer Haltung gegenüber den Massnahmen des Reutersenats ein gutes Beispiel, wie man im geschlossenen Kampf Massnahmen, die gegen die Interessen des Volkes gerichtet sind, wirksam bekämpft.

Die ständig wachsende Not in Westberlin konnten auch die rechten SPD-Führer nicht mehr verschweigen.

In dem Jahresbericht des SPD Landesvorstandes in Westberlin, der dem 10.Parteitag am 2.5.53. vorlag, heisst es über die Jugendarbeitslosigkeit:

> "Die Jugendnot und die Jugendarbeitslosigkeit in Westberlin hat das Ausmass eines Staatsnotstandes erreicht."

In einer SPD-Versammlung, die am 8.Juli 1953 in der Kindl Brauerei in Neukölln stattfand, erklärte die SPD Abgeordnete Krappe :

> "60% der in Westberlin lebenden Bewohner leben von öffentlichen Unterstützungen. Von ca 755 000 in Arbeitsstehenden haben ca 418 000 ein Einkommen unter DM350,--."

Durch die entschlossene Haltung der Arbeiterklasse bei der Durchsetzung ihrer Lohnforderungen und das schwindende Vertrauen der Bevölkerung zum "Freiheitskampf", wie er von den westberliner Frontstadtpolitikern propagiert wurde, sah sich der Reuter-Senat gezwungen, neue Mittel und Wege zu finden, um der Hetze gegen den "Osten" neuen Auftrieb zu geben.

Die Organisierung der Republikflucht durch die westberliner Agentenzentralen und die damit im Zusammenhang stehende Verleumdungskampagne gegen die Deutsche Demokratische Republik war eine Methode, um psychologisch den 17. Juni vorzubereiten. Man brauchte doch eine Begründung für den Putsch und die dementsprechenden Werkzeuge für die Organisierung derartiger Verbrechen.

Die von den westberliner Agenturen organisierte Republikflucht wurde in den letzten Monaten zu einer verstärkten Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und unserer Partei ausgenutzt. Besonders in den öffentlichen Versammlungen der SPD trat ein verstärkten Umfang Republikflüchtige auf, die im Interesse ihrer Anerkennung als "politische Flüchtlinge" die grössten Lügen über die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik verbreiteten.

Diese Hetze blieb nicht ohne Wirkung, selbst auf grosse Teile der Arbeiterklasse. Sie glaubten den Lügen des Rias und der Westpresse, die behaupteten, dass die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik am "Verhungern" sei. Daraus erklärt sich auch die Auffassung, die bei einem grossen Teil der Arbeiter vorhanden ist, dass die Demonstrationen und Streiks der Arbeiter am 17. Juni und 18. Juni aufgrund der schlechten Lebenslage in der Deutschen Demokratischen Republik zurückzuführen sei.

Wie sich später, nach dem 17. Juni herausstellte, rekrutierte sich ein grosser Teil der Provokateure, die am 17. Juni im demokratischen Sektor von Berlin an den Ausschreitungen beteiligten, aus den westberliner Flüchtlingslager.

Ungeachtet der eigenen Not ist die Meinung bei der westberlinär Bevölkerung, insbesondere bei den Arbeitern vorherrschend, dass der Lebensstandard in der Deutschen Demokratischen Republik niedriger ist, als in Westdeutschland und in Westberlin. Aus diesem Grunde erklärt sich auch die Auffassung, dass die Arbeitsniederlegung in einem Teil unserer Betriebe am 17. Juni als ein "Protest gegen die schlechten Lebensverhältnisse" angesehen und von der Mehrheit der Arbeiter aus diesem Grunde begrüsst wurde. Während der grösste Teil der Arbeiter von den Brandstiftungen und anderen Provokationen abrückt.

Ein anderer Umstand, der die Arbeiter in Westberlin neben den erwähnten Fragen in ihrer Auffassung bestärkte, waren die Diskussionen mit den Bewohnern der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Berlin, die täglich die Westsektoren zu Tausenden besuchen, um dort ihre Einkäufe zu tätigen. Diese Teile der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, beeindruckt durch das grosse Angebot und der Qualität der Produkte hetzten in einer unverschämten Art gegen die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie tragen auch ihrerseits die negativen Stimmungen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

Nach der Auslösung der Provokationen am 17. Juni war die Stimmung der Bevölkerung, mit Ausnahme der Kriegshetzer, sehr resignierend. Ein grosser Teil fürchtete die Auslösung eines bewaffneten Konfliktes und die Gefahr eines Krieges. Es gelang den Provokateuren nicht, die gewünschte Pogromstimmung unter der Bevölkerung zu entwickeln, da sich mit einem Mal die westberliner Bevölkerung ihrer Insellage bewusst wurde. Jedoch musste man feststellen, dass aufgrund der mangelnden Information über die wirklichen Ereignisse des 17. Juni die Bevölkerung die Politik unserer Partei nicht verstand und dort, wo sich Diskussionen von Mitgliedern unserer Partei entwickelten, oft eine feindselige Haltung gegenüber unseren Genossen und unserer Partei zum Ausdruck kam.

Das grösste Unverständnis gegenüber der Politik unserer Partei ist unter den Arbeitern zu verzeichnen. In einigen Betrieben kam es organisiert von DGB Funktionären, die zum grössten Teil, Mitglieder der SPD sind, zu direkten Auseinandersetzungen mit unseren Genossen, die sich bis zur Pogromhetze steigerten.

In einigen Betrieben wurden, so z.B. bei Werner in Marienfelde, unsere Parteimitglieder entlassen. Im Siemens-Werk ZFL wurde von den rechten DGB-Funktionären eine Belegschaftsversammlung einberufen, wo durch Abstimmung die Entlassung von 3 Genossen beschlossen wurde. Zwei unserer Genossen sind in dieser Versammlung offensiv aufgetreten und haben gegen diese faschistischen Massnahmen protestiert. Die Genossen befinden sich, trotz des Beschlusses der Belegschaft, noch heute im Betrieb. In persönlichen Diskussionen haben nach der Abstimmung einige Kollegen unseren Genossen mitgeteilt, dass sie, ob wohl sie in der Belegschaftsversammlung dafür stimmten, gegen die Entlassung der Genossen sind.

Zweifellos haben die Ereignisse des 17. Juni den kriegstreiberischen Kräften in Westberlin vorübergehend die Möglichkeit gegeben, einen beträchtlichen Teil der westberliner Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse, in ihren Fragen des Kampfes gegen die weitere Verschlechterung abzulenken und die Massen irre zu führen. Noch immer betrachtet die Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere die Arbeiter den faschistischen Putsch in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Berlin als ein "Erhebung der Arbeiter für ihre berechtigten Forderungen."

Nach wie vor gilt für die Partei und für die demokratischen Massenorganisationen in Westberlin die Aufklärungsarbeit unter der westberliner Bevölkerung über den Charakter des faschistischen Putsches am 17. Juni zu verstärken und der Bevölkerung den engen Zusammenhang der USA und deutschen Imperialisten und ihrer Lakaien in Westberlin, die Reuter, Suhr, Schwennicke, Kaiser usw. aufzuzeigen.

Die Stimmung der Bevölkerung Westberlins in den Tagen der faschistischen Provokationen und der darauf folgenden Zeit.

a) Zum Kommuniqué der Partei vom 9.6. und der Regierung vom 11.6.

Beide Kommuniqués haben in der westberliner Bevölkerung starke Beachtung gefunden.
Die neuen Regierungsbeschlüsse wurden allgemein als ein bedeutsamer Schritt zur Annäherung zwischen Ost und West begrüsst.
Besonders lebhafte Zustimmung fand die angekündigte Erleichterung im Interzonenverkehr. Viele Westberliner machten sich diese in Gedanken schon zunutze, um ihre Verwandten und Bekannten in der DDR zu besuchen.
Zu den angekündigten Massnahmen der Regierung, die eine sofortige Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung in der DDR und im demokratischen Sektor beinhalten, nahmen die Westberliner eine abwartende Haltung ein.
Zahlreiche Westberliner brachten zum Ausdruck, dass man der Regierung und der SED nur wenig Glauben schenken könne, da wie sie erklärten, "bisher wohl viel versprochen, jedoch wenig gehalten habe."

b) Zu den Ereignissen am 16. und 17. Juni 1953.

Am 16. und 17. Juni und auch in den ersten Tagen danach wurde die Stimmung der westberliner Bevölkerung von den Hetzmeldungen der Westpresse und den Lügensendungen des Rias vollkommen beherrscht.
Breite Kreise vertraten die Meinung, dass es sich bei den Ausschreitungen in der DDR und im demokratischen Sektor um einen "Volksaufstand" handelte, der das Ergebnis einer grossen Unzufriedenheit und der Notlage der Menschen gewesen sei.
Die vom Gegner hineingetragene feindliche Stimmung gegen die Regierung und Partei übte einen starken Einfluss auf die Bevölkerung aus.
Allgemein wurde der Standpunkt vertreten, dass die Arbeiter richtig gehandelt hätten, mit ihren Forderungen auf die Strasse zu gehen.
Die gegnerische Parole "Sturz der Regierung" fand die volle Zustimmung eines grossen Teils der westberliner Bevölkerung, die der Meinung war, dass eine Regierung, die derartige Fehler gemacht hat, nicht mehr tragbar sei.
Die Stimmung ging dahin, dass allgemein erklärt wurde, dass die Regierung und die SED an allem schuld sei, da sie sich nicht um die Sorgen und Nöte der Menschen gekümmert hätte.

Nur vereinzelt wurden Stimmen laut wie: "Was wollen denn die Bauarbeiter noch, ihre Forderungen wurden doch erfüllt". oder "Der Streik war richtig, der Aufruf zum Generalstreik aber falsch, man muss der Regierung doch Zeit lassen, die vorgesehenen Massnahmen durchzuführen."

In der westberliner Bevölkerung machte sich eine starke Unruhe bemerkbar, als sie von den Plünderungen und Brandstiftungen der aus Westberlin in den demokratischen Sektor gesandten Banditen erfuhr.

Viele waren der Meinung, daß hieraus ein ernster Konflikt entstehen könnte, zu einer Zeit, da überall in der Welt Anzeichen einer Verständigung zu bemerken seien.
In den Worten einer Frau: "Wenn bloß kein Schuß fällt, sonst wird Berlin zu einem neuen Korea und wir verlieren das Wenige, was wir uns angeschafft haben", zeigt sich die Sorge der Menschen um die Erhaltung des Friedens.

Zu den Ursachen der faschistischen Provokationen.

Der größte Teil der westberliner Bevölkerung erkennt noch nicht, daß diese Provokationen von langer Hand vorbereitet und durch die zahlreichen Agentenzentralen Westberlins ausgelöst wurden.

*/ Die überwiegende Mehrheit schenkt den Riesenlügen Glauben, daß die Ursachen der Ausschreitungen in den "Hungeraktionen", dem "zu hohen Normen" und in dem "Terror-System" der SED zu suchen seien.

DDR und erzählte, daß er mit 3 Eiern und 100 g Fleisch die ganze Dekade lang auskommen müsse.
Andere, die sich als Bewohner der DDR ausgaben, erklärten, daß die Menschen in der "Zone" buchstäblich am Verhungern seien. Durch Verbreitung dieser und ähnlicher Lügenmeldungen ist es dem Gegner gelungen, große Teile der Bevölkerung gegen die Regierung und die Partei aufzubringen, was in zahlreichen Forderungen nach Rücktritt der Regierung und in einer Diffamierung unserer Partei und der führenden Genossen zum Ausdruck kam.

Dadurch, daß ein Teil der Bevölkerung in Westberlin beobachtete, wie die von ihren Raubzügen und Brandschatzungen zurückkehrenden Banditen sich ihrer Verbrechen offen rühmten, und zahlreiche männliche Insassen der Flüchtlingslager in den demokratischen Sektor transportiert wurden, erkannten Teile der Bevölkerung, daß diese Provokationen bewußt vom Westsektor aus orgsnisiert wurden.

Ein Arbeiter aus dem Kabelwerk sagte zu einem zweifelnden Kollegen "Du glaubst doch wohl alleine nicht, daß unsere Kollegen drüben ihre eigenen Häuser an der Stalinallee wieder kaputtschlagen wollen". Ein anderer fügte hinzu "Hast Du schon mal erlebt, daß wir bei Demonstrationen ohne jeden Grund Privatautos anhalten und in Brand stecken?" Ein älterer Kollege aus dem Werk ZFL bemerkte dazu: "Mich erinnern diese Gewalttaten und mutwilligen Zerstörungen so sehr an die Vorgänge vor 1933. Es ist nicht schwer zu erraten, wer seine Pfoten wieder dazwischen hat."

Diese positiven und richtigen Einschätzungen der von Westberlin gesteuerten Provokationen lassen jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sich die Mehrheit der westberliner Bevölkerung über die politischen Hintergründe der faschistischen Provokation noch nicht im klaren ist.

Zum Eingreifen und Auftreten der sowjetischen Truppen.

Obwohl der Gegner alle Anstrengungen machte, die westberliner Bevölkerung gegen das Eingreifen der sowjetischen Truppen aufzuhetzen, ist dieses Vorhaben schmählich gescheitert. Im allgemeinen wurde die Meinung vertreten, daß die sowjetischen Truppen zum richtigen Zeitpunkt eingegriffen hätten und mit der Verkündung des Ausnahmezustandes der Ausbruch des Krieges und damit ein größeres Blutvergießen verhindert wurde.
Das energische aber besonnene Auftreten der sowjetischen Soldaten, die in den schwierigsten Situationen die Ruhe bewahrten, hinterließ einen starken Eindruck in der westberliner Bevölkerung.
In zahlreichen Fällen wurden Vergleiche gezogen, wie sich der Amerikaner in einem solche Falle verhalten hätte.
In Neukölln vertrat ein Einwohner die Meinung: "Was denkst du, wenn das hier bei uns passiert wäre, wie die Amis mit ihren Geschützen aufgefahren wären. Wenn jetzt hier von sieben Toten die Rede ist, so wären es bei uns 7000 gewesen".

Auf dem Nachweis in der Charlottenstraße wurden Diskussionen über das Herunterholen der roten Fahne vom Brandenburger Tor durch westberliner Rowdies geführt.
Hier äußerte sich ein Arbeitsloser: "Ich war in Frankreich, da hätte es einmal einer wagen sollen, die Staatsfahne herunterzuholen, dem wäre es schlecht ergangen. Die Fahne, die dort gezogen ist, ist die Fahne eines Staates. Wer sie angreift, greift zugleich den Staat an. Nur der Besonnenheit der russischen Soldaten und der Volkspolizei ist es zu verdanken, daß das Blut nicht in Strömen floß".

24/

Die Stimmungen über die Erschiessung des Provokateurs Göttling sind geteilt. Es wurde sowohl die Meinung vertreten, dass ein "Unschuldiger" hingerichtet wurde, um ein abschreckendes Beispiel zu schaffen, als auch festgestellt, dass die sowjetische Besatzungsmacht zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung voll berechtigt war, das Kriegsrecht gegen den Provokateur Göttling in Anwendung zu bringen.
Der Betriebsrat der Fa. Timm erklärte: "Dahintersteoken amerikanische Agenten. Man soll lieber jetzt einige erschiessen, als dass es zu einem dritten Weltkrieg kommt."

In den faschistischen Kreisen Westberlins herrschte eine starke Missstimmung gegen die Haltung der Amerikaner, deren Ansehen erheblich gelitten hat. Eine Gruppe Flüchtlinge, die gerade auf Rädern aus dem demokratischen Sektor zurückkehrte, bezeichnete die Amerikaner als Feiglinge und beschwerten sich, dass sie (d.h. die Flüchtlinge) dazu ausersehen seien, die Kastanien aus dem Feuer zu holen.
Ein Offizier der ehemaligen faschistischen Wehrmacht sprach sein Missfallen gegenüber den Amerikanern mit den Worten aus: "Durch eine solche unverantwortliche Haltung der Amerikaner kann uns persönlich schwerster Schaden zugefügt werden. Die Rote Armee kann ohne Schwierigkeiten ganz Westberlin zusammendrücken. Den Amerikanern passiert dabei nichts, sie würden sich obendrein noch von den Sowjets verabschieden."

Literatur

Vorbemerkung:
Dank der Öffnung der DDR-Archive hat sich seit 1990 der Kenntnisstand zu den Ereignissen um den 17. Juni 1953 erheblich erweitert. Daher werden nur neuere Publikationen aufgeführt.

Beier, Gerhard: Wir wollen freie Menschen sein - Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran, Köln 1993.

Bentzien, Hans: Was geschah am 17. Juni?, Berlin 2003.

Bruhn, Peter: 17. Juni 1953 – Bibliographie, Berlin 2003.

Ciesla, Burghard (Hg.): „Freiheit wollen wir!“. Der 17. Juni in Brandenburg, Berlin 2003.

Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Neun Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995.
Teilband 2.1 enthält das Protokoll der öffentlichen Anhörung vom 16. Juni 1993 zum 17. Juni 1953.

Diedrich, Torsten: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni in der DDR, München 2003.

Diedrich, Torsten/Hertle, Hans-Hermann (Hg.): „Alarmstufe Hornisse“ – Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003.

Engelmann, Bernd/Fricke, Karl Wilhelm: Der Tag X und die Staatssicherheit – 17. Juni 1953. Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003.

Flemming, Thomas: Kein Tag der deutschen Einheit. 17 Juni 1953, Berlin 2003.

Knabe, Hubertus: 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003.

Koop, Volker: Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit, Berlin 2003.

Koop, Volker: Der Aufstand vom 17. Juni 1953, Berlin 2003 - Eine Publikation der Berliner Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Kowalczuk, Ilko-Sascha/Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hg.): Der Tag X - 17. Juni 1953: Die "Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 - Volksaufstand in der DDR. Ursachen - Abläufe - Folgen, Bremen 2003.

Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin 17. Juni 1953: Ausstellungskatalog, Berlin 1993.

Löhn, Hans-Peter: Spitzbart, Bauch und Brille - sind nicht des Volkes Wille. Der 17. Juni 1953 in der Stadt Halle, Bremen 2003.

Mählert, Ulrich (Hg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003.

Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten: Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.

Pfeil, Ulrich: Französische Reaktionen auf den 17. Juni 1953, Berlin 2003.

Rexin, Manfred: Der RIAS am 16. und 17. Juni 1953, in: Rexin, Manfred (Hg.): Radio-Reminiszenzen. Erinnerungen an RIAS Berlin, Berlin 2002, S. 443-461.

Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Görlitz: Dokumentation zum Volksaufstand, Bautzen 1998.

Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln 1999.

Steininger, Rolf: 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003.

Stöver, Bernd: Das Umbruchsjahr 1953 - Ein Resümee. In: Kleßmann, Christoph/Stöver, Bernd (Hg.): 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln u.a. 1999, S. 199-222.

Werkentin, Falco (Hg.): Der Aufbau der "Grundlagen des Sozialismus" in der DDR 1952/53, Berlin 2002. (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; Bd. 15).

Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz nach dem Volksaufstand vom 17. Juni, in: Braun, Jutta/Klawitter, Nils/Werkentin, Falco: Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR, Berlin 1997. (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten ...; Bd. 4).

Zeitzeugenberichte:

Augenzeugenberichte von streikenden Arbeitern, in: Fricke, Karl Wilhelm/Spittmann, Ilse (Hg.): 17. Juni - Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1988, 2. Aufl., S. 136ff.

Berger, Siegfried: "Ich nehme das Urteil nicht an" – Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal, Berlin 1998 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten...; Bd. 8).

Grünhagen, Heinz: Zeitzeugenbericht 17. Juni 1953 in Strausberg, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Neun Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995, Bd. 4, S. 251ff.

SUPERILLU (Hg.): Der Aufstand. Juni ´53 – Zeitzeugen berichten, Berlin 2003.

Abkürzungen

ABUS	Ausrüstung, Bergbau und Schwerindustrie
ABV	Abschnittsbevollmächtigter
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AZKW/AKW	Amt für Zollkontrolle und Warenverkehr
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BGW	Berliner Glühlampenwerk
B-Kdo.	Bereitschaftskommando
BL	Bezirksleitung
BPO	Betriebsparteiorganisation
BS	Betriebsschutz
BVG	Berliner Verkehrsgesellschaft
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DHZ	Deutsche Handelszentrale
DM	Deutsche Mark
DR	Deutsche Reichsbahn
EAW	Elektroapparatewerk
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FS	Fernschreiben
Gen.	Genosse
GI	Geheimer Informant
HdM	Haus der Ministerien
HO	Handelsorganisation
HV	Hauptverwaltung
HVDVP	Hauptverwaltung für die Deutsche Volkspolizei
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
K	Kriminalpolizei
Kdo.	Kommando
Kdtr.	Kommandantur
Kfz	Kraftfahrzeug
KL	Kreisleitung
Komm.	Kommandeur, je nach Zusammenhang auch: Kommandant oder Kommissar
KP	Kontrollpunkt

KPA	Kreispolizeiamt
KPdSU (B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KWK	Kabelwerk Köpenick
KWO	Kabelwerk Oberspree
LAB	Landesarchiv Berlin
LauKW	Lautsprecher-Kraftwagen
LKW	Lastkraftwagen
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Mdl	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Maschinengewehr
Mpi	Maschinenpistole
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Nationale Front
Obkomm.	Oberkommissar
Obwm.	Oberwachtmeister
OK	Oberkommissar
Op.-Stab	Operativstab
PDVP	Präsidium der Volkspolizei
PKK	Parteikontrollkommission
RAW	Reichsbahn-Ausbesserungswerk
RFT	Rundfunk- und Fernmeldetechnik
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StVA	Strafvollzugsanstalt
SWH	Stahlwerk Hennigsdorf
TRO	Transformatorenwerk Oberspree
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UHA	Untersuchungshaftanstalt
U.-Komm.	Unter-Kommissar
Uwm.	Unterwachtmeister

VA	Vollzugsanstalt
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VHZ	Volkseigene Handelszentrale
VP	Volkspolizei
VPI	Volkspolizei-Inspektion
VPKA/Ä	Volkspolizeikreisamt/-ämter
VPR	Volkspolizeirevier
Wapo	Wachposten
WB	West-Berlin
WEMA	Werkzeugmaschinenfabrik
Wmstr.	Wachtmeister
WS	Wachschutz
WU	Walter Ulbricht
ZK	Zentralkomitee der SED

Über die Autoren:

Jens Schöne
geb. 1970; Dr. phil.; nach landwirtschaftlicher Ausbildung Studium der Neueren und Neuesten Geschichte sowie Anglistik und Amerikanistik; 2004 Promotion; 2004-2006 Mitarbeiter der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; seit 2007 Stellvertreter des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen; Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR, u.a. Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetzone und DDR, Leipzig 2008

Falco Werkentin
geb. 1944; Dr. phil.; mittlere Reife 1961 in Berlin-Weißensee, Abitur 1966 in Berlin-Moabit; Studium der Soziologie an der FU Berlin, langjähriger Redakteur der Zeitschrift „Bürgerrechte und Polizei (CILIP)“, seit Mitte der 70er Jahre diverse Forschungsprojekte und Publikationen zur bundesdeutschen Polizeigeschichte und zur Politik innerer Sicherheit; seit 1991 Arbeiten zur DDR-Strafjustiz; bis 2007 Stellvertreter des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.